

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
sonntags täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 $\frac{1}{2}$ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Erläuterungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Bweinundsebziger
Jahrgang.

Inserrate
1 $\frac{1}{4}$ Sgr. für die fünggespaltenen Seite oder deren Raum,
Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden
für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags angenommen.

Annoncen-Annahme-Bureau der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Solowicz, Markt 74 und Hrn. Arnyński (E. & A. Arnyński & Co.), Breitestraße 14; in Grätz bei Hrn. Louis Lewin und Hrn. D. Kempner; in Bromberg S. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haafenstein & Vogler; in Berlin, München, St. G. und Rudolf Wosse; in Berlin: A. Petermeyer, Schloßplatz; H. Albrecht, Zeitungs-Annonen-Expedition, Taubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Soath; Jenke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M.: G. L. Daudé & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Amtliches.

Berlin, 29. August. Se. M. der König haben Allernächst geruht: Dem Großherzoglich oldenburgischen Ober-Schloßhauptmann Erbprinz v. Dalwigk den Kronen-Orden II. Kl. mit dem Stern und dem Großherzoglich oldenburgischen Major und Flügel-Adjutanten Bedelius den Roten Adler-Orden III. Kl.; dem Ober-Inspektor a. D. Wieseler zu Groß-Tschirnau, Kr. Guhrau, sowie dem Maurermeister und Rathsberrn Starke zu Ratiator den Kronen-Orden IV. Kl.; und dem Kreis-Physikus Dr. Frenetrop zu Bocholt, sowie dem praktischen Arzt a. D. Dr. Ebbing zu Borbeck den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Über den Einfluß der Pazifit-Eisenbahn auf den Gang des Welthandels.

Von verschiedenen Seiten sind Betrachtungen über den Einfluß angestellt worden, welchen die Vollendung der Pazifit-Eisenbahn auf den Gang des Welthandels ausüben dürfte. Dass ein solcher Einfluß stattfinden wird, darüber scheinen alle Stimmen so ziemlich einig zu sein, sie divergieren nur über den Grad und das Maß derselben. Das beste Urtheil über diese hochwichtige Frage, deren Tragweite in politischer und sozialer Hinsicht gegenwärtig übrigens noch gar nicht abzusehen ist, hat unserer Meinung nach die englische Zeitschrift, "Der Economist", gefällt, obschon sich dabei die britische Auffassung der ganzen Sache erklärender Weise hier und da etwas einseitig und nicht ganz objektiv herausstellt.

Es sei uns vergönnt, in Nachstehendem die Hauptpunkte der Ausführungen, welche "der Economist" dem bereiteten Gegenstande widmet, unsern Lesern vorzulegen.

Die Vollendung der Eisenbahn zwischen Newyork und San Franzisko drängt uns nothwendig die Frage auf, welche Veränderungen im Gange des Handelsverkehrs diese und ähnliche Fahrstrassen über das amerikanische Festland bewirken dürften. Diese Frage ist nun aber unter zwei Hauptgesichtspunkten zu betrachten. Der erste ist: welche Veränderungen werden in der Entwicklung des inneren Handels des amerikanischen Kontinentes, mit Einschluß der Verbindung zwischen der Westküste derselben und den Ländern der alten Welt, entstehen? Der zweite ist: welche Veränderung wird eintreten durch den Gebrauch jener Bahnen und Fahrstrassen in der neuen Welt als neue entstehende Routen und Handelswege sowohl für den Handel, den die östlichen Theile Amerikas mit Asien und Australien treiben, als für den Handel Europas mit diesen Kontinenten? Die letztere Frage ist eine Phase des alten Problems der Entdecker Amerikas: einen geraden Weg von Europa nach der Ostküste Asiens zu finden. Das Ergebniss ihrer Mühen und Arbeiten, obgleich es zur Entdeckung einer neuen Welt führte, war offenbar die Entdeckung gerade der That, daß ihrem ursprünglichen Zweck eine unbesiegliche Schranke entgegenstehe. Da nun aber durch die neuere Ingenieurkunst, welche den Transit über den westlichen Kontinent zu einer leichten Sache macht, diese Schranke bewältigt ist, so taucht das alte Problem in anderer Gestalt wieder auf. Wird Europa jetzt seine schnellste Fahrt nach dem östlichen Asien dadurch finden, daß es seinen Weg dorthin westlich statt östlich nimmt? Während diese Fragen einerseits vielfach in die große Politik und in jede Art von Spekulation eingreifen, haben sie andererseits natürlich für Einzelne auch ihre praktische Seite. Es ist Zeit, daß Leute, welche am Reisen und an der Förderung von Waaren ein Interesse haben, die herzustellenden neuen Verkehrsmittel ins Auge fassen.

Obgleich die Vollendung der Eisenbahnen zwischen Newyork und San Franzisko fast die einzige, hier in Betracht zu ziehende neue That ist, so muß doch nothwendig daran erinnert werden, was hinsichtlich solcher Verkehrsmittel sonst bereits geschehen und anderwärts im Fortschritt begriffen ist. Eine sehr bedeutende Veränderung im Gange des Handelsverkehrs ward schon vor ziemlich vielen Jahren durch die Eröffnung der Eisenbahn über die Landenge von Panama bewirkt. Hiermit wurde die Herstellung einer schnellen und vergleichsweise billigen Verbindung zwischen den östlichen und westlichen Theilen Amerikas durch einen Weg über diesen Kontinent selbst zu Stande gebracht. Das Vorhandensein dieses Weges hat indeft weniger Einfluß auf die zweite Frage gehabt: den Handelsverkehr mit Ostasien und Australien überhaupt. Erst während der beiden letzten Jahre hat man versucht, ihn für diesen Verkehr bis zu einem nennenswerten Grade zu benützen. Die Panama-, die Neuseeland- und die Australian Royal Mail Company haben zwischen Panama, Neuseeland und Australien eine Dampferlinie eingeführt, und die Newyork Pacific Mail Company eine solche Linie zwischen San Franzisko, Japan und China gegründet, welche zusammen mit der Postlinie zwischen San Franzisko und Panama, das Verbindungsglied zwischen Panama und China vollendet. Diese Linien aber haben, obgleich sie vielleicht nicht Geringes für den Handelsverkehr Ostamerikas gethan, Europa nicht allzu sehr genutzt. Man kann Neuseeland von Europa aus jetzt leichter mitfeste der Panamabahn erreichen, als auf den alten Routen; die natürlichen Vortheile aber verbleiben nahezu dieselben für den Rest Australiens, während über Panama vergleichsweise wenig europäische Handelsgeschäfte mit China und Japan gemacht werden. Handel mit Indien findet auf diesem Wege wenig oder gar nicht statt.

Der "Economist" stellt eine lange Betrachtung über den Ausbau des Eisenbahnsystems zwischen den beiden amerikanischen Küsten an, wobei natürlich die projektierte kanadische Route bedeutend figuriert, und gelangt dann zu folgenden Schlussfolgerungen: Man darf durchaus nicht so sicher, wie die Amerikaner es zu thun scheinen, darauf rechnen, daß durch die den nordamerikanischen Kontinent durchkreuzenden Eisenbahnen der bisher zwischen Europa und Ost-Asien bestehende Durchgangshandel von seinen alten Wegen zu sehr oder gar gänzlich abgelenkt werde. Alle amerikanischen leichten Frachten werden gewiß diesen Weg einschlagen, und auch viele von den schweren Frachten. Die Bewohner von dem schnell und herlich aufblühenden Chicago (im Staate Illinois) dürften mit gutem Grunde annehmen, daß sie chinesische Waaren ebenso wohlfeil von der pazifischen als von der atlantischen Meerküste erhalten, oder auch wohlfeiler. Warum aber sollten von Europa aus die Routen über den amerikanischen Kontinent benutzt werden? Die Voraussetzung müßte sein, daß die frühere Entfernung zwischen Europa und Ost-Asien in dieser Richtung geringer, oder daß die Reise auf den benutzbaren Routen kürzer ist. Nun, die Thatachen unterstützen diese Hypothese nicht durchweg und überhaupt nicht allzusehr. Die Entfernung von England nach Ost-Asien und einzelnen Theilen Australiens sind vielfach geringer in einer der alten Welt verbleibenden direkten Linie, als wenn man über die Neue Welt geht, und selbst die bestehenden Routen werden nach wie vor mit den amerikanischen stark konkurrieren. Die durch den gegenwärtigen Postvertrag mit der Peninsular- und Oriental-Company zugestandene Zeit dürfte sich nicht unvorheilhaft vergleichen lassen mit den in Vorschlag gebrachten Zeiten über Newyork und San Franzisco, da man etwa 10 Tage einräumt für die Posten zwischen London und Newyork und 6 Tage für die Fahrt über den amerikanischen Kontinent. Die Vergleichung (ohne Einschluß der Aufenthalte) ist ungefähr folgende:

Über Marseille und	Über Newyork und
Bombay.	San Franzisko.

Bon London nach Hongkong 39 Tage	47 Tage
----------------------------------	---------

· · · Shanghai 43	43
-------------------	----

· · · Yokohama 48	38
-------------------	----

Wenn viele militärische Angaben richtig sind, so könnten wir nach Shanghai allerdings auf der gegenwärtigen Postroute eben so rasch gelangen, wie auf der neuen, und ohne eine so lange Eisenbahnfahrt, was für Reisende wohl in Erwägung zu ziehen ist; nach Hongkong kämen wir sogar schneller; was aber Yokohama*, Japan und das reiche Amurgebiet angeht, so wird die neue Linie entschieden den Vortheil haben. Fast ganz derselbe Fall ist es bezüglich des südöstlichen Australiens und Neuseelands. San Franzisko ist um ungefähr 700 engl. Meilen näher bei Neuseeland, als Panama, sodass die Fahrt im Stillen Meere sich drei Tage schneller, d. h. in ungefähr 21 Tagen, vollbringen lässt, was 37 Tage als die ganze Zeit zwischen London und Wellington (auf Neuseeland) ergäbe. Europa wird durch die neue Route unzweifelhaft gewinnen, so weit Japan, das Amurgebiet, die Inseln im Stillen Ozean, Neuseeland und das südöstliche Australien überhaupt in Betracht kommen, sonst aber viel weniger, als die Amerikaner zu glauben scheinen, ausgenommen, daß eine Konkurrenzlinie nach den entfernten Häfen von China eintrete. Für den eigentlichen indischen Handel hätte die neue Route uns Europäern demnach keinen Vortheil zu bieten.

Es ist also kein Grund vorhanden, eine vollständige Umänderung aller Hauptströmungen des Handelsverkehrs zwischen Europa einerseits und dem östlichen Asien und einem großen Theile Australiens andererseits anzunehmen. Wenn man sagt, daß sich die Schnelligkeit auf den amerikanischen Routen beschleunigen werde, so läßt sich dies auch wohl von den früher bestehenden sagen. Der Postvertrag mit der Peninsular- und Oriental-Company hat keine Vorzüglichkeiten für das höchste Maß der Schnelligkeit, die wir wahrscheinlich bekommen werden. Wenn man den Versuch mit einer großen Beschleunigung macht, so werden die Routen der alten Welt vielleicht noch den Vortheil haben, daß die Schiffe häufiger Kohlen einnehmen können. Die Tragfähigkeit der Dampfer braucht nicht so sorgsam abgemessen zu werden, wie auf der langen Ozeanstrecke zwischen San Franzisko und Yokohama. Es gibt auch noch andere Gründe, warum die große Handelsströmung sich nicht so ganz verändern dürfte. Ist nämlich einmal die Eisenbahn über den amerikanischen Kontinent ganz sicher hergestellt, so werden wir zwar die bestmögliche Strafe in dieser Richtung bekommen haben, allein die direkte Verbindung zwischen Europa und dem östlichen Asien wird sich ebenfalls verbessern. Die Erbauung der Cuypratthal-Bahn allein würde einen Unterschied von 5 bis 6 Tagen zu ihren Gunsten machen, außer dem Gewinn, welchen die Errichtung Marseilles durch irgend einen andern, besser gelegenen Mittelmeer-Hafen brächte. Was China betrifft, so dürfen wiederum die Aussichten auf eine Eisenbahn von Nanking in das Innere Hindostan nicht übersehen werden, da eine solche Bahn geeignet wäre, die Verbindung zwischen Europa und Ost-Asien noch mehr zu be-

schleunigen. Wenn man erwägt, daß Amerika, mit Ausnahme der oben genannten Länder, bloß vortheilhaft konkurriren kann für einen Theil des chinesischen und australischen Handels, unter Bedingungen, die mehr und mehr schwinden werden, so wird man einsehen, wie übertrieben die Erwartungen sind, denen man sich hinsichtlich der neuen Route vielleicht hingegeben hat. Der internationale Handel hat aber nichtsdestoweniger bedeutend zu gewinnen durch die nachahmungswürdige und staunenswerthe Energie und Ausdauer der Amerikaner in ihrem großen Werke. Ihre Thätigkeit und Umsicht sollte die alte Welt unter allen Umständen beschämen, auf daß sie sich ihre mannigfach überlegenen natürlichen Vortheile zu Nutzen mache, durch welche nur noch mehr für den Welthandel und die Menschheit überhaupt gewonnen werden könnte und müßte.

Das französische Senatuskonsult und der Kaiser.

Die "friedliche Revolution" oder die "verfassungsmäßige Evolution", welche sich gegenwärtig in Frankreich vollzieht, hat abermals einen Abschnitt zurückgelegt. Der von der kaiserlichen Regierung dem Senate vorgelegte Entwurf des Senatuskonsults, welcher die Verfassung in verschiedenen wesentlichen Punkten abzuändern bestimmt ist, war einer Kommission zur Vorberatung überwiesen worden. Der im Namen dieser Kommission durch Herrn Devienne erstattete Bericht ist am 25. August im Senate selbst zur Verlesung gelangt und darauf die Eröffnung der Debatten darüber auf den 1. September anberaumt worden. Im Schilde der Kommission überwogen anfänglich die liberalen Ansichten; verschiedene Mitglieder der Kommission glaubten den Absichten des Kaisers zu entsprechen, wenn sie zu dem Regierungsentwurf weiter gehende Änderungen hielten; gleichzeitig war dabei auch wohl der Gedanke maßgebend gewesen, dem Senate eine selbständige Stellung neben der kaiserlichen Regierung zu verschaffen und ihm bei der Nation ein dankbares Andenken zu stiften, damit diese sich seiner erinnere, wenn es nach dem Tode des Kaisers eine neue Ordnung der Dinge aufzurichten gilt. Die Herren Senatoren haben nämlich ein sehr persönliches Interesse daran, daß der Senat mit einem Gehalt von 30,000 Frs. dotirt ist. Je länger die Kommission sich mit der Vorberatung des Regierungsentwurfs beschäftigt, um so mehrtant jedoch der liberale Anlauf der Majorität zusammen und schließlich genügte ein leiser Wind der Regierung, um diese Majorität in eine Minorität zu verwandeln. Wenn man den Entwurf des Senatuskonsults, wie ihn die Regierung vorgelegt hat, mit den Vorschlägen vergleicht, welche die Kommission dem Senate unterbreitet, so ist von einer Verbesserung des ersten im liberalen Sinne nicht viel zu verspüren; dagegen ist der ursprüngliche Entwurf an verschiedenen Stellen in rückgrätzlicher Sinne amputiert worden.

Die militärische Staatsrechtliche Frage, welche die Kommission beschäftigte, war die der Verantwortlichkeit der Minister. In diesem Art. 2 war der Prüfstein geboten, an welchem der Senat beweisen konnte, ob er in seiner Majorität entschlossen war, der persönlichen Regierung ein Ziel zu setzen, die Verfassung Frankreichs zu einer parlamentarischen umzuwandeln. In der That ist der Entwurf des Kaisers gegenüber der Nation; es ist dies die Fiktion, auf welcher das zweite Kaiserreich überhaupt beruht. Der Kaiser, als der Erwählte der Nation, ist der Vollstrecker des souveränen Volkswillens und als solcher nur seinem Mandanten gegenüber verantwortlich. Weder der Senat, noch der gesetzgebende Körper sind in diesem Sinne Vertreter des Volkes, sondern sie sind nur Anhänger des beim Kaiser befindlichen Regierungs-Gewalt, welche er, sobald das Volk in einem Plebisitz seine Zustimmung dazu erhält, bestatigen und durch andere Einrichtungen ersezigen kann. Der Kaiser und die Nation entscheiden über die Grundprinzipien der Verfassung; bloße Modifikationen derselben hat der Kaiser sich vorbehalten durch Senatuskonsult einzuführen. In diesem Rahmen ist für eine konstitutionelle Minister-Verantwortlichkeit kein Platz; und darum vermöchten die Vertreter der Regierung ein auf die Einführung derselben gerichtetes Amendment durch den bloßen Hinweis darauf, daß ein Plebisitz dazu erforderlich sei, zu bestimmen; in der That würde dieselbe eine fundamentale Veränderung der Verfassung mit sich führen, indem sie den gesetzgebenden Körper dem Kaiser als eine gleichberechtigte Gewalt zur Seite sezen würde. Art. 2 enthält daher einen unvermittelten Widerspruch; er erklärt: "Die Minister hängen nur vom Kaiser ab" und: "sie sind verantwortlich; sie können nur durch den Senat in Anklage verzeigt werden." Niemand verhebt sich, daß dies ein unlösbarer Widerspruch ist, wenn man nicht die erste Bestimmung nur als eine bedeutungslose Phrase auffassen will. Erst die Praxis kann herausstellen, inwieweit der gesetzgebende Körper geltend zu machen in der Lage sein wird. Bis jetzt hatten die Minister in allen wichtigen Fragen die Majorität des gesetzgebenden Körpers hinter sich; erst, wenn dies in Zukunft anders werden sollte, wird die Frage praktische Bedeutung erlangen, ob der Kaiser Minister im Amt belassen kann, welche in wichtigen Fragen nicht mehr auf die Majorität des gesetzgebenden Körpers rechnen können; der Staats-Minister-Kouper hat einer solchen politischen Notwendigkeit weichen müssen.

Der Kaiser will sich bei dem Übergange von der persönlichen zur parlamentarischen Regierung erstaunlich eine Etappe gönnen; er will erst sehen, wie sich der gesetzgebende Körper und die Nation zu den gewohnten Rechten stellen; ob ein Zustand vorläufiger Erfriedigung eintritt, oder aber das Verlangen nach gründlicheren Reformen stürmisch hervorbricht. Ein Souverän, welcher so lange Zeit hindurch die Machtfülle der persönlichen Regierung genossen hat, entschließt sich nur unter dem Druck der ernstesten Notwendigkeit zu einer Selbstbeschränkung, er sucht, was von der persönlichen Regierung zu halten ist, möglichst lange festzuhalten. So lange Napoleon III. noch hoffen zu können glaubt, einige Jahre zu leben, wird er schwierlich sich mit politischen Bugestandnissen beeilen; deshalb wird freilich andererseits jedes solche Bugestandniss auch so ausgelegt, als ob der Kaiser seine Tage für geählt habe und nach Möglichkeit dem Chaos, welches bei seinem Tode über Frankreich hereinzubrechen droht, sternen möchte.

(Berl. Aut. Korr.)

Deutschland.

Berlin, 30. August. Aus Neuvorpommern wird gemeldet, daß nachdem der Seedeich auf der Insel Zingst nun

*) Yokohama ist eine für die Schiffahrt höchst günstig gelegene, neu-gegründete Stadt in Japan, nahe bei Tedo.

vollständig fertig gestellt ist, weitere Projekte über eine Eindeichung, welche die Insel gegen die Fluten der Binnengewässer schützen soll, entworfen sind und an allerhöchster Stelle zur Genehmigung vorliegen. — Das statistische Bureau war vom Minister des Innern beauftragt worden, eine möglichst genaue Statistik der Verunglückung von Personen herzustellen. Nach dem Vorschlage des Bureaus hat jetzt auf Anregung des Ministers des Innern der Handelsminister angeordnet, daß die Erhebungen über die Unglücksfälle und Selbstmorde, welche auf den Eisenbahnen vorkommen, durch die Bahnpolizeibeamten bewirkt werden sollen, weil hierdurch eine Erleichterung des Verfahrens und zugleich eine größere Richtigkeit erzielt wird. Dies Verfahren wird zunächst für 1000 in Kraft treten und sich auf die Bahnbeamten, die Reisenden und auf 2000 Personen erstrecken, welche durch die Eisenbahnen verunglücken.

Berlin, 30. Aug. Heute Vormittag fand auf dem Tempelhofer Feld unter einem ungeheuren Zuströmen von Zuschauern die große Herbstparade statt, welche der König, gefolgt von den K. Prinzen und einer Suite, wie man sie hier so zahlreich und glänzend noch nicht gesehen hat, abnahm. Das am Morgens, nachdem gestrigen glühendheißen Tage regnerische Wetter läßt sich nach und nach auf und beginnigte die Schauauf der Menge, welche nach der Parade die Lindenpromenade bewohnte, um die Aufsicht nach dem K. Schlosse zu mit anzusehen. Am Mittwoch begiebt sich der König zu den Manövern in Hessen-Nassau und gedenkt schon Freitag Nacht auf Schloss Babelsberg wieder einzutreffen. — Der Präsident des Bundesfanzleramtes, Geh. Rath Delbrück wird am 11. September hierher zurückkehren; auch der Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt, Thile, wird dennächst erwartet und nach seiner Ankunft sein zeigerter Vertreter, der Bundesgesandte am Hofe zu Brüssel, Baron v. Balan, auf seinen Posten zurückkehren. — Der hier akkreditierte belgische Gesandte, Baron v. Nothomb, ist von seinen Gütern in Schlesien hier eingetroffen, begiebt sich in dessen zur internationalen Gartenausstellung nach Hamburg, da letztere von Belgien besonders zahlreich besichtigt worden ist. — Der hier beklagte Geschäftsträger des Großherzogthums Luxemburg, Dr. Föhr, ist auf seinem heissen Posten wieder eingetroffen. — Gegenüber den vielfachen Klagen über die Einführung des einfifigen Briefpostos (Groschen tarif), in welchem einzelne Gegner auf Landtag und Reichstag einen Hauptgrund für das Defizit erläutern wollen, ist es gewiß von erheblicher Bedeutung, wenn von unterrichteter Seite die Nachricht ausgeht, die Postverwaltung des Norddeutschen Bundes habe für das erste Semester dieses Jahres einen erheblichen Überschuss durch gestiegerten Verkehr aufzuweisen. Es wird daran die Hoffnung geknüpft, die früheren Einnahmen schneller zu erreichen, als es in England nach Einführung des Penny möglich war; es ist daran zu erinnern, daß in England fast — ein Jahrzehnt dazu erforderlich war; bei uns wird man allem Anschein nach sehr viel kürzere Zeit dazu brauchen. — Bisher war allgemein angenommen worden, daß das Zollparlament im künftigen Jahre keinesfalls einberufen würde. Wir erfahren von unterrichteter Seite, daß hierin durch den Ausfall der Landtagssession dennoch eine Aenderung eintreten könnte, zumal da die Regierungen die Lösung der Tariffrage nach wie vor als ein dringendes Bedürfnis erachten.

— Über das Normalbudget und das Unzeitgemäße eines solchen Vorschlags schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz“:

Trotzdem, daß allgemein verlautet, die Regierung habe die Idee, dem Abgeordnetenhaus zwei Etats vorzulegen, nachdem dieselbe von der gesammten liberalen Presse zurückgewiesen worden war, entweder niemals im Ernst gehabt oder doch für diesesmal fallen gelassen, trotzdem daß also gar kein weiterer Anlaß vorliegt, die Frage einer Umgestaltung des Budgets zu diskutieren, weil dieselbe vorläufig ohne praktische Bedeutung ist, wird von der „Ostseezeit“, die in dieser Beziehung wohl von Berlin inspiriert wird, die Frage des Normalbudgets noch immer zwischen den Fingern herumgedreht, um dieselbe vor den Augen der liberalen Partei in verdecktem Glanze spiegeln zu lassen. Wir wollen hier auf diese Frage, da rein dogmatische Erörterungen für uns keinen Reiz haben, nicht näher eingehen; wir wollen nur kurz hervorheben, warum die mit der Einführung eines Normalbudgets verbundene Änderung des bestehenden Haushaltssystems damals bestätigt wurde, doch nicht vollendet wurde. Die Verteilung des Normalbudgets läuft, und darin gleicht er dem Plane zweier Etats, darauf hinzu, daß der Staatshaushalt, der bisher durch ein Gesetz festgelegt wird, künftig durch verschiedene gelegentliche Altersgruppen werde und zwar unter Einschränkung des gegenwärtigen Budgets des Abgeordnetenhauses, nach welchem dasselbe in jedem Jahre jede Position neu zu bewilligen hat. Es soll ein Normalbudget festgesetzt werden, welches für eine Reihe von Jahren oder auch auf unbestimmte Zeit, bis seine Abänderung im Wege des Gesetzes erfolgt, Geltung hat; und außerdem soll daneben eine alljährliche Budgetbewilligung stattfinden. Es wird nun, um die Sache der liberalen Partei plausibel zu machen, behauptet, daß damit in Bezug auf die alljährliche Budgetbewilligung das Abgeordnetenhaus zu einer freieren Ausübung seines Rechtes fortwährenden würde, weil die Regierung, da die laufende Verwaltung gesichert sei, in Betreff der Streichung alljährlich neu zu bewilligender Positionen keine großen Schwierigkeiten machen und namentlich

sich nicht bis zur Erhebung eines Konfliktes versteigen würde. Dem gegenüber ist zu bemerken, daß die Regierung ganz ebenso schon jetzt verfahren kann, wo alle Bedürfnisse des Staates in einem Etat aufgestellt und alljährlich bewilligt werden. Unser „Konflikt“ ist nicht darum ausgebrochen, weil das Abgeordnetenhaus der Regierung die Mittel zur Fortführung der laufenden Verwaltung verweigerte — die Mittel waren ja so überreich vorhanden, daß wir mit unserem „heidenmäßig vielen Gelde“ prahlten — sondern der Konflikt ist vielmehr dadurch entstanden, daß die Regierung bis dahin mit Zustimmung des Landtages von ihr als außerordentlich geleisteten Ausgaben wider den Beschuß der Majorität des Abgeordnetenhauses in „ordentliche“ umwandelt. Wir bitten die Freunde des Normalbudgets uns die Frage zu beantworten, ob ein solcher Konflikt nicht trotz Normalbudget auch in Zukunft möglich sein wird. Der Konflikt würde in Zukunft um die Erhöhung des Normalbudgets sich drehen und zum Ausbruch gelangen, wenn die Volksvertretung dieselbe verweigerte, die Regierung aber trotzdem die von ihr als „notwendig“ bezeichneten Ausgaben verfügte. Der Punkt des Zusammenstoßes würde mithin nur an eine andere Stelle gelegt werden, der Zusammenstoß aber darum nicht minder heftig erfolgen. Auch ohne Einführung eines Normalbudgets in die preußische Verfassung werden wir Gelegenheit zu einer Prüfung dieser Einrichtung haben, wenn es sich um die Aufstellung eines neuen Militär-Etats für den Bund handelt. Die Freunde des Normalbudgets sind aber noch auf die Frage schuldig, wie es denn mit den „Etatsüberschreitungen“ dabei zu halten ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht. Doch es ist wohl besser, alle derartigen „Doktorfragen“ auf sich beruhen zu lassen, bis von der Regierung ein Gesetzwurf vorliegt, der die Antwort schuldig ist, oder ob in die Verfassung etwa ein Artikel anzunehmen ist, wonach beim Normalbudget Etatsüberschreitungen nicht vorkommen dürfen; denn gibt man die Möglichkeit von Etatsüberschreitungen beim Normal budget zu, so ist dann der Begriff derselben völlig illusorisch gemacht.

sammengeführt, um einen energischen Protest gegen dieses Treiben zu erheben. — Nach Konstituierung des Bureaus mit den Herren Krebs und Dr. Vangerhans als Vorsitzenden erörterte der vom Komitee bestellte Referent Herr Waldow unter stets wachsendem Beifall der Versammlung intheils tieferster, theils humoristischer Weise die in Rede stehende Frage. Es sei bedauerlich, daß es erst der Unregung eines Bourrier, eines geistlichen Raths Müller und deren Genossen bedurft habe, um die Indifferenz des Volkes in geistlichen und religiösen Dingen zu brechen, aber dies habe auch den Vortheil, daß der Bann jetzt gründlich gelöst sei und der Bürger sich nun ernstlich die Frage vorlege, ob wir hier in Spanien oder in Österreich leben? Allerdings lebten wir in dem protestantischen, und wie mehrfach behauptet wurde, konstitutionellen Preußen, allein das Wiederaufleben der Klöster sei nichts weiter als der Schlüpfstein manigfacher Erfindungen auf staatsrechtlichem Gebiete, des historischem „Niemals, niemals, niemals!“, das „heidnisch“ viel Geld!“ der katholischen Erftzenen, der Blut- und Eisenpolitik, Hilfsrichter u. s. w. Bestrebungen, die sämtlich in dem Stahlhelm-Sage kulminirten: „die Wissenschaft muß umkehren!“ Die Klöster, 1810 in Preußen rechlich aufgehoben, trotzdem im Jahre 1821 wieder eingesezt und durch ein Konkordat geschützt, welches die Demagogogenheze, das Pahediti und eine Menge anderer schlimmer Maßregeln im Gefolge hatte, seien von jeher die Pflanzstätten des Überglaubens, der Dummbheit und des Verbrechens gewesen. (Brano) solche Zustände könnten bei uns

genheit des Ober-Konsistorialraths Dr. Fournier der Disziplinarkompetenz des Konsistoriums zu überweisen, was namentlich von Seiten des General-Superintendenten Dr. Hoffmann, beziehungsweise durch den Kultusminister geschehen sein soll, hat der König erwidert: „Wenn Fournier zugestanden hätte, die Handlung begangen zu haben, die ihm schuld gegeben wird, so würde sich die Sache für ein Disziplinarverfahren eignen; da er aber die Handlung geleugnet hat, so muß der Thatbestand gerichtlich festgestellt werden und deshalb ist der Untersuchung Fortgang zu geben.“

Dies veranlaßt mich zu der Mittheilung an die geehrte Redaktion, daß

Dies veranlaßt mich zu der Mitteilung an die geehrte Redaktion, daß die Angabe, Se. M. der König sei „von dem Generalsuperintendenten Dr. Hoffmann bestimmt worden, die Angelegenheit des Oberkonsistorialrathes Dr. Fournier der Disziplinarkompetenz des Konsistoriums zu überweisen“, habe dies aber mit einer sehr treffenden Antwort zurückgewiesen, vollkommen erdichtet ist, indem ich nie, weder mündlich noch schriftlich, nie allein noch mit einem der Kollegen, denen ich angehöre, einen solchen Wunsch an des Königs Majestät gerichtet habe, mir auch kein Wort davon bekannt habe, daß es von irgend einer „einfachlängigen Seite“ geschehen ist. Ich war vielmehr der Überzeugung, daß entweder der Disziplinar-Gerichtshof oder das Stadtkirchengericht die dem Hrn. Dr. Fournier schuld gegebene Handlung hinsichtlich ihrer Thatfächlichkeit zu untersuchen haben werde.

Dr. Hoffmann,
General Consul

I. General-Superintendent.

und des Fortschritts gewesen; (Bravo!) jüge du ja wie könnten bei uns nicht geduldet werden. (Nein, nein!) Trotzdem hätten sich die Klöster in Preußen seit dem Jahre 1855 von damals 72 auf über 700 vermehrt. Man sage zwar, die Klöster seien Erziehungsanstalten; warum gehäte man denn aber, entgegen dem klaren Wortlaut der Verfassung, den Dissidenten nicht dieselben Rechte, warum verweigerte man dem Verein für Freiheit der Schule die Errichtung einer konfessionslosen Schule? Die Kinder in Moabit würden ebenfalls nur zur Beteiligung und Haulenzerei, allenfalls noch zur Beschauung der fünf Wunden Jesu erzogen, denn wie der Baum, so die Frucht. (Bravo!) In allen Ländern, wo das geistige Leben am Boden liegt, habe das System wie hier begonnen, mit Kernliedern und Stiehlischen Regulativien, um mit Knute und Inquisition zu enden, und wenn man gegen dieses System nicht energisch Front mache, werde nach 20 Jahren der Ruf der deutschen Civilisation nur noch wie ein grauer Nebelstreifen über dem niedergetretenen und mit Blut gedüngten deutschen Vaterlande schweben. Die Erhaltung des heutigen Systems koste jährlich 166 Millionen; es heiße heute nicht mehr wir haben heidenmäßig viel Geld, sondern wir brauchen heidenmäßig viel Geld; man müsse, wollte man sich nicht aufs Schlimmste versündigen an dem deutschen Geiste, ganz entschlossen gegen dies System ankommen, ein freies, eingesetztes, glückliches Vaterland erringen und dann fort mit der ganzen Klostergesellschaft. (Fünfmaliges Bravo!)

ringen und dann fort mit der ganzen Gesellschaft. (Stürmisches Bravo.) Um dieser Gesinnung Ausdruck zu geben, schlägt Redner die Annahme folgender Resolution vor: „In Erwagung, daß schon vor Jahrhunderien das deutsche Volk in den Mönchs- und Nonnenklöstern die Pflanzstätten des Überglaubens, der Faulheit und der Unzucht erkannt hat, daß trotz der am 30. Oktober 1810 erfolgten gesetzlichen Aufhebung der Klöster in Preußen, dieselben noch heute im Jahrhundert der Freiheit und Arbeit bestehen und sich fortwährend unter den Augen des Kultusministeriums vermehren, erklärt die heutige Volksversammlung: Es ist Ehrenpflicht eines jeden denkenden Menschen, mit allen gesetzlichen Mitteln für die Abuschaffung der Klöster, Ausweisung der Jesuiten und vor allen Dingen für die Aufhebung des mit Rom geschlossenen Konkordats vom Jahre 1821 in die Schranken zu treten und erwartet, daß die preußische Volksvertretung in diesem Sinne ihre Schuldigkeit thun wird.“ (Anhaltender Beifall.) Herr Stadtrath May wünscht bei dem ameitthalb Monate dauernden Wahlkampf, der sich auf die Wahl

bei dem zweifelhaften Werthe derartiger Beschlüsse, daß sich die Bürger endlich positiv loszagen von der bisher mehr oder minder von allen betriebenen Heuchelei auf kirchlichem Gebiete, denn nichts anderes, als Heuchelei sei es, wenn man, zwar nicht zum Gottesdienste, wohl aber zu den kirchlichen Akten, Trauen, Tauen &c. in der Kirche sich zusammenfinden und insgeheim über die Gebräuche daselbst spotten, trotz dem aber nicht die Kraft besitzt, mit denselben zu brechen. In diesem Sinne wünscht er der Waldbow'schen Resolution folgenden Zusatz zu geben: Es ist Pflicht jedes Selbstberuhmten, denkenden Menschen, auch auf sittlich-religiösem Gebiete entschieden Partei zu ergreifen, und wer die orthodoxe Kirche nicht mehr für zeitgemäß, Heuchelei und Scheinheiligkeit aber als des freien Menschen unwürdig und verbrecherisch ansieht, hat die Verpflichtung offiziell aus der Landeskirche auszuscheiden. das Wahrte, Schöne und sittliche Güte ernstlich und aus innerer Mithilfe.

Von den äußeren Formen und Dogmen sich loszusagen und mit seinen Mitmenschen in der sittlichen That die wahre Glückseligkeit zu suchen und war in diesem Leben, nicht im extraumäten Jenseits, nicht aus Furcht vor Feuer und Hölle, sondern aus reinem Pflichtgefühl, wie es ihm Vernunft und Gewissen gebietet. — Herr Grothe ruft durch die Behauptung: „Das Pachtthum ist eine große Lüge“ den lebhaften Unwillen der kleinen Opposition wach, so daß eine ziemlich bedeutende Unruhe entsteht; dasselbe geschieht im entgegengesetzten Sinne, als Herr Richter für die Moabiter Mönche die von Friedrich dem Großen proklamierte Religionsfreiheit in Anspruch nimmt, die Stimmung schlägt

paethum ist eine große Luge" den lebhaften Einwänden der kleinen Opposition wach, so daß eine ziemlich bedeutende Unruhe entsteht; dasselbe geschieht im entgegengesetzten Sinne, als Herr Richter für die Moabiter Mönche die von Friedrich dem Großen proklamierte Religionsfreiheit in Anspruch nimmt, die Stimmung schlägt aber alsbald zu Gunsten des Redners um, da dieser schließlich die Religionsfreiheit für jeden Staatsbürger fordert. — Hr. Blum fordert nicht nur die Religionsfreiheit, sondern überhaupt die volle Freiheit des Handelns für alle Staatsangehörigen und bittet, festzuhalten im Kampfe gegen die Männer der Dunkelheit, da sich die Spize des Klosterwesens schließlich nicht nur gegen diesen Lehren werde, welche den Kultienträgern Rechte zugeschenken, sondern auch gegen die arbeitende Bevölkerung, welcher die spärlichen Rechte dadurch noch verkümmert werden. (Bravo.) — Hr. Baudouin betont, daß es bei der gegenwärtigen Agitation sich nicht darum handele, Unfrieden zu säen zwischen den Bürgern verschiedener Befestnisse, die sich bisher stets gut vertragen haben, sondern den Übergriffen religiöser Sектen entgegenzutreten. (Lebhafter Beifall!) — Hr. Jörriken macht auf verschiedene Widersprüche in der durch die „Spenerische Btg.“ verbreiteten Kundmachung des Kultusministeriums in der Klosterfrage aufmerksam. Das

Kultusministerium habe die Sache offenbar gefördert durch ein gewisses mildes Gehenlassen der Dinge, es müsse Kenntniß gehabt haben von der Errichtung des Klosters, denn wenn dieses, wie vom Minister anerkannt werde, unter das Vereinsgesetz falle, so müßten doch die Statuten dieses Vereins, der sich vorwiegend mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftige, der Behörde eingereicht sein. Schließlich empfiehlt Hr. Törrichen den Austritt aus der Landeskirche, denn nur so könne Berlin den Namen rechtlich erwerben, den es heute nur spottweise führe: Hauptstadt der Intelligenz! (Jubelnder Buruf!) — Hr. Siegrist meint, die Mönche hätten den

Muth zur Niederlassung in Berlin nur aus den Uebergriessen der evangelischen Geistlichen, aus dem Ohrfeigen der Bräute u. s. w. geschöpft, durch den Vortrag eines gegen die Jesuiten gerichteten Gedichts versezt er die Versammlung in eine wahrhaft enthusiastische Stimmung, die sofort in das strikte Gegenthel umschlägt, als ein Herr Köhler, ein nüchterner, bartloser Jungling, Mitglied des katholischen Gesellenvereins, wie man sagte, eine Lanze für die Klöster brechen zu müssen vermeinte. Ein Sturm

„Sie, eine Sorge für die Klosterrechte zu machen.“ „Der Wille des Unwillens erhob sich nach den Worten, es liege gar keine Veranlassung vor, die Mönche im Moabit zu schmähen, da sie bis jetzt nichts Böses begangen hätten, und als der Redner hinzufügte, man könne doch keine Faulenzerei darin erblicken, daß 4 Patres 41 Waisenkinder erziehen, unterrichten, und für alle ihre Bedürfnisse sorgen, da war es um ihn gesehen. Peremptorisch verlangte die Versammlung, der Redner solle von der Tribüne herabsteigen, im Saale drängten sich erregte Gruppen um ihn und schließlich wurde der kühne Sprecher mittelst sanfter Preßion aus dem Saale gedrängt. Unter großer Unruhe motivierte darauf Herr Aron eine von ihm der Waldowschen Revolution entgegengestellte Erklärung, welche als Hauptbedingung zur Abhilfe des Klosterwesens die Trennung von Kirche und Staat und von Schule und Kirche, sowie den obligatorischen Unterricht in allen Bildungsanstalten fordert und dazu den Weg rein politischer Agitation empfiehlt; dieser sowie der Mayische Antrag werden aber bei der Abstimmung mit schwacher Minorität abgelehnt, dagegen die Waldowsche Revolution und die nachstehende Erklärung fast einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung in der Tonhalle erklärt, daß es ihr nicht in den Sinn gekommen ist, gegen irgend welche Religion zu agitiren, sondern nur gegen Verdummungsanstalten und Stätten des Lasters.“ — Mit dem Wunsche, daß in 14 Tagen eine ähnliche Versammlung zur weiteren Verfolgung der Klosterangelegenheit stattfinden möge, trennte sich die Versammlung.

— Die „Kreuz-Z.“ enthält nachstehendes „Eingesandt“:
Hochgeehrte Redaktion! Nach meiner Rückkehr von einer Reise wurde
mir der folgende Artikel aus dem „Publizisten“ mitgetheilt:

„Als der König von einschlägiger Seite bestürmt wurde, die Angele-

Paulus Melchers in Köln (der den Vorsitz führen wird), Michael v. Deinlein in Bamberg, Gregor v. Scherr in München, Fürstbischof Dr. H. Förster in Breslau; die Bischöfe Dr. Freiherr v. Ketteler in Mainz, Dr. C. Martin in Paderborn, Dr. Math. Eberhard in Trier, Philipp Kremenz in Ermland, Dr. J. Nepom. v. d. Marwitz in Kulm, Ed. Fal. Wedekin in Hildesheim, Dr. J. H. Beckmann in Osnabrück, H. v. Höfsten in Passau, Pankratius Dinkel in Augsburg, L. v. Leonrod in Eichstätt, Dr. A. v. Stahl in Würzburg; sodann der Weihbischof und Generalvikar des Erzbistums Freiburg Lothar Kübel, Dr. J. v. Hesele, Bischof von Rottenburg, die apostolischen Vicariate Forwerk in Dresden und Nik. Adames in Luxemburg, Domkapitular Molitor vertritt den Bischof von Speyer. Aus Oesterreich liegen noch keine Anmeldungen vor. Unser Bischof Florentius hatte am vergangenen Sonntag in Kassel eine Audienz bei dem Könige; in seiner Begleitung befand sich der Regens Dr. Komp.

Mannheim, 30. August. Bei den heute hier stattgehabten Wahlen zur zweiten Kammer wurden Grimm und Hoff, beide nationalliberal, mit großen Majoritäten gewählt. Die demokratischen Gegenkandidaten erhielten 26 zu 114 Stimmen.

demokratischen Gegenkandidaten erhielten 26 bezüglich 15 Stimmen.
München, 29. August. Anlässlich der Auflösung der von den Jesuiten in Regensburg gebildeten „Marianischen Kongregation“ und des jüngst durch das Kultusministerium erlassenen Verbots der Abhaltung einer Jesuitenmission in Weiden (Oberpfalz) sieht sich die Regierung den Angriffen der ultramontanen Blätter gegenüber veranlaßt, in verschiedenen Zeitungen offiziös zu erklären, daß durch die Verfassung jede Abhaltung von Missionen seitens der in Bayern nicht geduldeten religiösen Genossenschaften verboten ist.

— Vor den Schranken des Straubinger Bezirksgerichts stand dieser Tage ein Priester wegen Beleidigung der letzten Abgeordnetenkammer. Die Anklage stützte sich, wie der "Volksbote" berichtet — darauf, daß der Angeklagte in einer Predigt sagte: "Die Abgeordneten hätten sich mehr um die H... als um das Landeswohl gekümmert; ihre Frauen hätten sie zu Hause sitzen lassen und seien jenen Häusern zugegangen." Obwohl der Angeklagte bestreit, eine ähnliche Neuerung gemacht zu haben, wurde er zu einem Monat Festungsarrest verurtheilt.

Aus Würzburg meldet man eine große Aufregung, welche dadurch entstand, daß seit 14 Tagen zahlreiche Drohbriebe mit Hinrichtungs-Illustrationen an die angefeindeten Mitglieder der jüdischen Gemeinde, namentlich an den Rabbiner, versendet werden. Wenn die Würzburger Garnison ins Schweinfurter Lager abgezogen sei, dann werde es losgehen, und das Büchervolk mit Gottes und Marias Hilfe aus Würzburg verjagt werden. Die Angst der also Bedrohten ist groß, sie rieben den Schutz der Regierung an, und bereits verkündet ein offiziöser Artikel in den Würzburger Blättern, daß die nachhaltigsten Vorlehrungen gegen etwaige Ruhestörungen getroffen seien. Vom Artillerieregiment bleiben 300 Mann hier, desgleichen 10 Mann von jeder Infanteriekompagnie. Die alte städtische Landwehr ist für gewisse Fälle in Aussicht genommen, auch soll ein Bataillon der neuen Landwehr von der Stadt aus seine Herbstübungen machen. Der Ultramontanismus hat hier eine Bande Gamins groß gezogen, die unter dem Vorwand der Religion zu allerlei Brigantenstreichen fähig sind.

Oesterrei

Wien, 30. August. (Tel.) In der heutigen gemeinsamen Sitzung der Delegationen beider Reichshälften wurden die streitigen Punkte des Budgets berathen. Einer derselben (die Ausgaben für die Militärgrenze betr.) war bereits vor Zusammensetzung dieser Sitzung durch gemeinschaftliches Einvernehmen erledigt ~~voraus~~ und die Ausgaben für den Schiffsbau, wobei für den Lloyd die österr. Delegation ~~ausdrücklich~~ ^{unterstützung} hatten bewilligen wollen) wurden, da mehrere Mitglieder der österreichischen Delegation mit der ungarischen stimmten, im Sinne der Beschlüsse der ungarischen Delegation erledigt. Die formelle Schlussitzung der Delegationen findet heute Nachmittag statt.

Brünn, 30. August. Die Erinnerungsfeier an Kaiser Joseph und die Gröfzung der mährisch-schlesischen Bahn in Slavikowitz sind unter Theilnahme von 20,000 meist slawischen Landbewohnern gestern festlich begangen worden. Erzherzog Karl Ludwig, sowie die Minister Giskra und Potocki wohnten den Feierlichkeiten bei. In einer mit stürmischen Beifall aufgenommenen Ansprache ermahnte Giskra Slawen und Deutsche, in brüderlicher Eintracht neben einander zu wohnen.

S φ w e i

Solothurn, 27. August. In der heutigen Sitzung hat, dem "Bund" zufolge, die Wahlbehörde Hrn. Prof. Möllinger mit 14 von 15 Stimmen abberufen und mit Belassung seines Gehaltes von 2000 Fr. pensionirt. (Möllinger hatte durch seine freistinnige Schrift „Die Gottidee der neuen Zeit“ das Verger-niz der Religiös. Konservativen erregt.)

Frankreich.

Paris, 28. August. Die Beschränkung der Amnestie, wie sie in der, politische Verbrechen und Komplotten gegen das Leben des Kaisers unterscheidenden Note des „Journal officiel“ versucht ist, findet die allerbitterste Kritik und droht den Erfolg der neuen Ära ziemlich vollständig zu Nichte zu machen. Der „Rappel“ sieht natürlich in einem Komplott nur ein politisches Verbrechen und das „Avenir national“ ist ganz derselben Meinung. Auch die „France“, obwohl sie entgegergesetzter Ansicht ist, meint, die Regierung hätte besser gehan, die Kontroverse nicht zu erheben, sondern der Amnestie den Charakter vollständigen Vergessens der Vergangenheit zu lassen. Die „Indépendance belge“ macht insbesondere darauf aufmerksam, daß verschiedene Verurtheilte von dem Komplott Libaldi, an welchem betheiligt gewesen zu sein Ledru-Rollin angeklagt war, der kaiserlichen Gnade theilhaftig geworden sind. Die Regierung schiene also verschiedenes Maß für ihre Gegner zu haben. Das

„Journal de Paris“ bringt einen äußerst heftigen Artikel über diesen Gegenstand, in welchem Ledru-Rollin der Rath gegeben wird, zurückzufahren und das gegen ihn ergangene Kontumazialurtheil revidiren zu lassen. Er würde auf solche Weise nicht kraft eines kaiserlichen Gnadenaktes, sondern der richterlichen Freisprechung von einer Anklage, welche niemals hätte erhoben werden sollen, sein Vaterland geöffnet erhalten. (Nach einer von der „Opinion nationale“, jedoch unter Vorbehalt gemachten Mittheilung soll Ledru-Rollin diesen Rath bereits befolgt haben und in Lille eingetroffen sein.) Am bezeichnendsten ist ein Artikel des „Siècle“, welcher die Frage einer Prüfung unterwirft, wer eigentlich als Urheber der

Amnestiebeschränkungen anzusehen und dafür verantwortlich zu machen sein. Das Merkwürdigste ist, daß der gegenwärtige Justizminister, hr. Duvergier, von welchem die Note des "Journal officiel" allein ausgegangen sein kann, ein persönlicher Freund Ledru-Rollins und ehemals dessen Mitarbeiter beim "Journal du Palais" gewesen ist. Der "Gaulois" bringt auch ein Schreiben, daß ein anderer Großwürdenträger des Kaiserreichs, Herr Delangle 1859 am Ledru-Rollin richtete. Dieses seltsame Aktenstück lautet: "Als früherer Kollege des Herrn Ledru-Rollin möchte ich ihm ersparen, in eine Falle zu gehen. Ich benachrichtige ihn in Folge dessen, daß er bei seinem ersten Versuche, nach Frankreich zurückzukehren, festgenommen und nach Rayenne deportiert werden wird. Wir wollen keine Skandale haben." Vor diesem Schreiben des Ministers des Innern von 1859 würde jeder Kommentar erbleichen.

— Der "Temps" schreibt: "Rom hatte Pferde zu Konzilien; wir haben Kutscher als Arrondissementsräthe; dieses ist schon etwas." Wir haben folgendes Bulletin vor uns:

Monsieur Dagieu, Kutscher des Herrn Granier de Cassagnac, Arrondissementsräth. Es ist bekannt, daß Herr Paul de Cassagnac vom Generalrat für den Kanton von Pailance ernannt wurde. In Folge dieser Wahl reichten mehrere Mitglieder des Gemeinderathes ihre Entlassung ein. Zugleich gab Herr de B. von St. Pastor als Arrondissementsräth seine Demission. Um diesem einen Nachfolger zu geben, ließ Herr Granier de Cassagnac seinen Kutscher her. Wir wissen nicht, ob Herr Dagieu bei der Abstimmung den ersten Rang eingenommen, aber man versichert, daß er in gewissen Gemeinden die meisten Stimmen erhalten hat.

— Marshall Prim, der Freitag Abend in Paris angekommen ist, wo Olozaga, der hiesige spanische Botschafter, ihn am Bahnhofe empfing, ist von seiner Gemahlin, einigen Deputirten und seinen Offizieren begleitet. Es heißt, er werde erst nach Vichy gehen, wenn er vom Kaiser empfangen worden sei.

— Graf v. Solms, der hiesige preußische Geschäftsträger, hat gestern Paris verlassen. Fürst Lynar versieht in seiner Abwesenheit die Geschäfte der Botschaft.

Spanien.

Madrid, 29. August. (Tel.) Der ehemalige Marshall Juan de la Pezuela hat gegen den Befehl der Regierung Spanien verlassen.

— Graf Cheste, von dem Kreisgerichte zu Sevilla freigesprochen, ist wieder in den Generalkapitänsrang eingezogen worden. Daß die Regierung mit der Verhaftung des Generals sich eine Ungerechtigkeit zu Schulden kommen ließ, wird durch diesen Ausgang der Untersuchung bestätigt. Zum Untergouverneur von Kuba ist an Stelle des erfrankten Espinar Gósalante der General Carbo ernannt worden.

Italien.

Aus Rom, erfährt die "Nazione", daß die Kongregation beschlossen habe, die Beteiligung der Vertreter der katholischen Mächte an den Verhandlungen des Konzils dürfe nur eine passive sein; falls sie etwas einzuwenden wünschten, hätten sie das außerhalb des Konzils dem Staatssekretär zu sagen, der allein mit ihnen in Diskussionen sich einlassen dürfe.

Rußland und Polen.

Warschau, 26. August. Vor einigen Wochen erschien der kaiserliche Uras, welcher eine Reduzierung der Zahl der Städte im Königreich Polen durch Degradation der meisten zu Dörfern anordnete. Wie viele und welche Städte als solche weiterbestehen sollen, blieb dem Etatmessen des Regulierungskomites überlassen. Diese Behörde hatte nun dahin entschieden, daß von den 440 Städten des Landes nur 100 fernerhin diesen Namen tragen sollen. Das Ministerium der inneren Angelegenheiten in St. Petersburg ist aber mit dieser Bestimmung nicht einverstanden und macht in einer Buzchrift an das erwähnte Komitee dasselbe darauf aufmerksam, daß, wenn die Territorial-Behörde des Königreichs denjenigen des Kaiserreichs entsprechenden sollten, es wohl genügt hätte, dem ersten nur 40 Städte zu belassen, welche ebenso viele Kreisstädte sein sollten. Die Buzchrift regt ferner den Gedanken an, daß die vor drei Jahren eingeführte Eintheilung des "Weichselandes" in 10 Gouvernements eine unverhältnismäßige sei, indem es den Verhältnissen im Kaiserreich mehr entsprechen würde, wenn dieses Territorium nur 4 Gouvernementsregierungen hätte. Nach dieser Neuordnung von Seiten des Ministeriums in Petersburg ist kaum daran zu zweifeln, daß die gegenwärtige Territorialeintheilung des Königreichs die längste Zeit gedauert hat und binnen Kurzem eine neue, mehr zentralistrende eintreten wird. — Sämtliche Chefs der Behörden im Königreich Polen haben den Befehl erhalten, alle unter ihnen noch beschäftigten Beamten politischer Nationalität nur noch als Diätisten mit dreimonatlicher Kündigung, nicht aber als fest angestellte Beamte zu betrachten. Den polnischen Beamten der hiesigen Zollkammer ist dieses bereits eröffnet, und in den andern Aemtern wird diese Einrichtung bald nachfolgen. — In den letzten Tagen sah man viele Wagen mit alten Schreibtischen und anderen Büromöbeln sowie mit Haufen von Papieren beladen, die Straßen passieren. Es sind das die Möbel und Aktenstücke der aufgelösten bisherigen Aemter, welche als unnütze Gegenstände verkauft wurden. Die vielen geräumigen Gebäude, welche jene Aemter beherbergten, stehen nun wüst und leer, und werden, wie es heißt bald, gleich ihrem früheren Inhalte als unnützer Besitz verkauft oder, in nunmehriger Ermangelung von Landgütern, an hochstehende Russen verschent werden. (Dr. J.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 28. August. Obwohl des Bizekönigs Antwort als in der Form befriedigend besunden ist, beabsichtigt der Große Kanzler, am Dienstag ein Schreiben an ihn zu erlassen, worin er ihn anweist, die Land- und Seemacht nur innerhalb der durch den Erlass von 1841 festgestellten Grenzen zu halten und der Pforte regelmäßig vierteljährlich ein Budget vorzulegen und ihm zugleich die Auferlegung neuer Steuern, so wie den direkten Verkehr mit auswärtigen Regierungen untersagt.

Amerika.

Mexiko. Kaum ist das Tedeum für die Rettung des Präsidenten Juarez und seiner Minister verholt — so schreibt der Korrespondent der "W. Post" in Mexiko — so müssen wir wieder auf die Knie fallen, weil die eben dem Tode durch Explosion des Dampfkessels entronnenen vor zwei Mordverschwörungen glücklich bewahrt worden sind. Das erste dieser Komplotten hatte sich die bedingungslose Ermordung des Präsidenten und Lerdo de Tejada zum Ziel gesetzt. Für den Fall, daß sich die übrigen

Regierungsmitglieder darauf der neuen Ordnung der Dinge widersegen sollen, so sollten auch sie niedergemacht werden. Als Teilnehmer an dieser Verschwörung werden General und Oberst Andrade, weiland Offiziere in Maximilians Armee, sodann die Herren Carragal, Vargas Espinosa und Sanchez, 2 Franzosen, 1 Belgier und 5 Spanier genannt. An der Spitze der zweiten Verschwörung stand der bekannte Negrete, der vor einigen Monaten in Puebla die Fahne des Aufstandes erhob und auf ein Haar die Konduktia mit 3 Millionen Dollars weggenommen hätte. Nach seinem Plane sollte Juarez hinter Schloß und Riegel gebracht und nur dann getötet werden, wenn sein Tod sich als militärische Notwendigkeit herausstellen sollte. Negrete wollte nach Besteigung des Präsidenten sich der Hauptstadt bedrohten, die Garnison durch Versprechungen gewinnen und eine provisorische Regierung einsetzen, deren erstes und vorstehendes Mitglied er selbst gewesen wäre. Von Negretes Einfluß auf die Armee wird viel geredet. Nach einer von manchen geglaubten Behauptung hielt sich der Verschwörer in der Hauptstadt selbst auf und die Furcht ist so groß, daß die Truppen in den Käferen konstigt bleiben. Dem Vernehmen nach hätte zwischen beiden Komplotten ein Zusammenhang bestanden und beide sollen der Ausfluss des unter der Opposition gähnenden Planes sein, den Präsidenten Juarez um jeden Preis zu stürzen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 31. August.

— **Märkisch-Posen**er Bahn. Da die Oberschlesische Eisenbahngesellschaft das Einzelniveau einer Weiche von der Märkisch-Posen in die Posen-Breslauer Bahn in der Nähe unserer Stadt nicht gestattet, so werden noch andauernd Schwelten und Schienen, welche in der Nähe des Bahnhofes lagern, für den weiteren Bau der Märkisch-Posen Bahn per Acre dorthin geschafft. Auch hat dem Vernehmen nach ein hiesiger Entrepreneur es übernommen, eine große Anzahl von Waggonen (man spricht von mehreren hunderten) auf großen Fuhrwerken durch Pferde vom biegsigen Bahnhofe nach der Märkisch-Posen Bahn hintransportieren zu lassen.

— **Der Wahlkreis** wird gegenwärtig, da der größte Theil der Garnison zu den Divisionsübungen ausmarschiert ist, theils von den zurückgebliebenen Infanterieabteilungen, theils von den drei Festungskompanien und einer Abtheilung der Feldartillerie versehen.

— **Im Handwerkerverein** hielt am Montage vor zahlreich versammelten Mitgliedern Dr. Wenzel einen Vortrag über die Bedeutung der Schweiz für Europa. Hierauf wurde eine im Fragekasten vorgefundene Frage, ob der Handwerkerverein eine Humboldtfeier veranstalten werde, dahin beantwortet, daß diese Angelegenheit in der nächsten Vorstandssitzung erörtert werden wird.

— **Vor der Petrikirche** befindet sich bekanntlich ein großer schöner Platz mit statlichen Gebäuden, in welchen 6 Straßen, die Breslauer-, Schützen-, Halbdorf-, Garten-, St. Martins- und Bergstraße einmünden. Da derselbe bis jetzt keinen bestimmten Namen hat, so werden die an ihm gelegenen Häuser nach verschiedenen Straßen benannt, einige nach der Halbdorf-, andere nach der Gartenstraße, noch andere nach der Breslauer- und Bergstraße, so daß demnach z. B. Häuser, welche einander gegenüber an demselben Platze liegen, theils zu der Halbdorf-, theils zu der Gartenstraße gezählt werden, und dadurch das Auffinden derselben nach den Hausnummern außerordentlich erschwert wird. Sovon längst ging man, um diesem offensiven Nebelstande abzuhelfen, mit dem Plane um, dem Platze einen bestimmten Namen zu geben; nur hatte sich bisher keiner der in Vorschlag gebrachten als recht geeignet herausgestellt. Beim Herannahen der Humboldtfeier durfte es sich nun vielleicht empfehlen, diesem Platze den Namen „Humboldtplatz“ zu geben. Es würde dadurch der Name eines Mannes, dessen Verdienste der Welt für alle Seiten zu Gute kommen, in unserer Stadt auch äußerlich der Nachwelt überliefert werden.

— **In der Wilhelmstraße** ist der alte Zaun am Rudolphschen Kohlenplatz abgebrochen worden; statt dessen wird eine Mauer aufgeführt werden.

— **Ein Gänsetransport.** Bekanntlich gehen von hier gegen Ausgang des Sommers und im Herbst zahlreiche Transporte von Gänsen, welche in Polen, theils in der Provinz durch Händler aufgekauft werden, mit der Eisenbahn nach Berlin. Sollen doch bereits bis jetzt in diesem Sommer 40.000 Gänsen dorthin befördert werden sein! Es werden zu diesem Zwecke auf der Bahn vogelbarerartig gebaute Waggonen benutzt, welche in mehreren Etagen über einander etwa 100 Gänsen fassen und freie Luftzirkulation gewähren, doch auch dies garantiert nicht immer einen glücklichen Transport. Am Sonnabend wurden in einem dieser Waggonen auf dem hiesigen Bahnhofe von einem Händler über 100 Gänsen gepackt. Wenige Stunden darauf waren über 300 derselben theils erstickt, theils erdrückt, da sie zu dicht nebeneinander gepackt worden waren. Dieselben wurden zu etwa 10 Sgr. pro Stück verkauft und fanden zu diesem niedrigen Preise reizende Absatz.

— **Adelnauer Kreis**, 29. August. Das Referat vom 26. d. Rts., "Reiterei und Tanzvergnügen" betreffend, gestatten Sie mir dahin zu berichten, daß die lgl. Staatsanwaltschaft für den Kroatschiner Kreis nicht in Kroatschin, sondern in Pleß den Wohnsitz hat und die Biedermannschaften ressortgemäß von den Gendarmen zunächst dem betreffenden Distriktsamt in Kroatschin zur Bestrafung denunziert worden sind, welches bereits das Weiterre veranlaßt hat.

— **Bojanowo**, 30. August. Der Drang zur Bildung von Vereinen macht sich auch in unserem Städchen mehr und mehr geltend. Nachdem erst kurze Zeit seit Begründung unseres Turnvereins, welchen hr. Lehrer Anders mit ebensoviel Intelligenz als Geschicklichkeit leitet, verstrichen ist, hat sich hier neuerdings im Anschluß an den Provinzialverein zu Posen, unter Vorsitz des hrn. Bürgermeister Kolišch ein Verein zur Pflege im Felde verwunderlich und erkrankter Krieger konstituiert. Das von demselben adoptirte Statut stimmt im Wesentlichen mit demjenigen des Hauptvereins überein und ist der vierteljährliche Mitgliedsbeitrag auf 1 Sgr. festgesetzt worden. Im Jahre 1866 hat bereits ein dieselben Tendenzen verfolgender Verein hier selbst existiert, dessen verliebener Kassenstand von 50 Thlr. dem neuen Verein als Bonds überwiesen worden ist. Obwohl von Standpunkte der Humanität aus derartige Vereine alle Anerkennung verdienen, so wäre dennoch zu wünschen, wenn die Mittel derselben niemals im Sinne des Statutes zur Verwendung gelangen dürften. — Ein Zug ganz besonderen Edelmuths findet auch hier seine Stelle. Auf dem benachbarten Dominiuum Triebisch, welches vor ca. 3 Jahren in den Besitz des Grafen v. d. Schulenburg übergegangen ist, hat der Vogt Klein vor kurzer Zeit sein 50-jähriges Dienststiftjubiläum gefeiert. In Anerkennung seiner ebenso treuen Pflichterfüllung als musterhaften Führung hat der hr. Graf den Jubilar mit geeigneten Geldspenden erfreut, die in feierlicher Weise überreicht wurden. — Dem hrn. Ballermeister Ritter aus Glogau ist es wiederum gelungen, am hiesigen Orte einer ziemlich besuchten Tanzfusus zu Stande zu bringen, welcher am kommenden Donnerstag mit einem solennem Ball abschließt. — Vom schönsten Wetter begünstigt, hatten sich am gestrigen Sonntage die Männergesangsvereine zu Rawicz und Gubrau zu einer gemeinschaftlichen Gesangsaufführung im Schlosspark zu Barsdorf vereinigt, welche von den zahlreich anwesenden Bürgern mit vieler Beifall aufgenommen worden ist. Hoffentlich wird dieses Ereignis die Anregung zum Wiedererwachen des im verlorenen Winter entschlafenen hiesigen Männergesangsvereins bilden.

— **r. Kreis Bomst**, 26. Aug. Der Müllerbursche Schulz, der bei dem Brande der Windmühle seines Vaters, eines Müllermeisters zu Gehlen, bedeutende Brandwunden davontrug, ist vor einigen Tagen an deren Folgen gestorben. Die Mühle brannte von unten heraus und es steht fest, daß das Feuer durch ruchlose Hand, vermutlich aus Rache, angelegt worden. Bis jetzt ist es aber noch nicht gelungen, den mutmaßlichen Thäter zur Haft zu bringen.

— **G. Kempen**, 29. August. Feuersbrünste, Selbstmord, tolle Hunde, das sind im Augenblick die Erscheinungen, um die sich unter Neugierdemarkt dreht. Da verdient zuerst die Feuersbrunst zu Biegowice Erwähnung, in Folge deren das ganze Vorwerk Biegowice niedergebrannt ist. Sie soll durch einige von der arbeitenden Lokomotive in die Getreidebahn gepflogene Funken entstanden sein. Bezeichnend für den Kulturstandpunkt unserer Landsleute ist, daß sie, ohne helfende Hand anzulegen, ruhig beim Feuer standen und in zornigen Ausbrüchen die Lokomotive, dieses "Teufelswerk" verflucht. — An demselben Tage ging hier in der Stadt eine dem Ackerwirth Pfesfer gehörige getreidegefüllte Scheune in Brand auf, wobei sich herausstellte, daß unsere Feuerwehr sehr im Argen liegt. Wenigstens war bei dieser Gelegenheit von einer organisierten Thätigkeit Nichts zu bemerken. — Am vergangenen Donnerstag rannte ein toller Hund durch die Straßen der Stadt und biß vier andere Hunde; alleseamt wurden erschossen, aber leider erst, nach-

dem von ihnen fünf Menschen gebissen waren. Letztere sind sofort in ärztliche Observation genommen worden. — An demselben Tage erhängte sich ein hiesiger, früher wohlhabend gewesener Bäckermeister an seinem eigenen Halsstuch. Alle Lebensversuche, die die Herzgekommenen anstellt, waren vergebens. Dem Vernehmen nach soll derzeit allmählig in die Hände von Bürgern gerathen und schließlich so sehr in Schulden gekommen sein, daß er keinen andern Ausweg als den Selbstmord sah. — Von jüdischen Korporationsangehörigen läßt sich im Allgemeinen wenig berichten, so sehr grade für hier zu gestanden werden muß, daß die hiesigen Gesamtverhältnisse wesentlich durch die jüdische Bevölkerung bestimmt werden. Insofern das der Stadt zum Schaden oder zum Nutzen gereicht, bleibt dahingestellt. Thatache aber ist, daß die größere Hälfte der Einwohner dem mosaischen Gedenkniß angehört. Es ist daher nicht ohne Wichtigkeit, zu erfahren, wie sich die hiesigen Korporations-Verwaltung zu dem ihr jüngst von der Regierung zugegangenen Normalstatut für alle Synagogengemeinden der Provinz Posen verhält. Aenderungsvorschläge, die aber keine Verbesserungen sind, haben die hiesigen Gemeindevertreter allerdings der Posener Regierung zur Berücksichtigung vorgelegt. Indes, diese Vorschläge sind im Sinne eines einseitigen Selbstvertrages gefaßt. Die jüdischen Korporationen können sich noch immer nicht der Rolle eines "Staates im Staate" entziehen, die ihnen derzeit in mißverständlicher Auffassung der Freiheit der Kirche vom Staate von der Regierung aufgezwungen worden ist. So wollen sie sich nicht trennen, daß die Steuerrepartition der Gemeinde nach der Höhe der Kommunalsteuern sich richten soll. Diese Forderung der Regierung ist aber vom Standpunkte der Gerechtigkeit und der gleichmäßigen Besteuerung vollkommen berechtigt, ja sie ist mehr wie jede andere geeignet, weitere Schranken niederzureißen, die noch zwischen den einzelnen religiösen Gemeinschaften bestehen. Man bedenke, daß die Juden neben den Staats- und Kommunalsteuern noch ihren eigenen Besteuerungsmodus haben, der erstens ihnen eine direkte Steuer auf Grund eines locker gehandhabten Tarifs und zweitens eine indirekte Steuer von dem geschlachteten Kind- und Hühnchen, die sogenannte Krupka auferlegt. Wenn der komplizierte Kultus der jüdischen Korporationen überhaupt außer den Staats- und Kommunalsteuern noch eine spezifisch jüdische Besteuerung nötig macht, so ist das ein ökonomischer Unheilstand, der nur das eine Gute hat, daß er bei vorgeschrittenen Reife der jüdischen Bevölkerung sicherlich zur Vereinfachung des fiktuellen Apparats der jüdischen Gemeinden hindringt wird. Wer da weiß, Welch überspannte Forderungen oft von den Korporationen in den sogenannten Ablösungsfrachten gestellt werden — Thatache, die erst durch die Anordnung der Regierung beseitigt wurde, daß die Gemeinde nur im Verhältniß zu ihren Schulden den AblösungsTarif festzustellen haben — muß überdes wünschen, daß den resp. Korporationsvorständen und Repräsentanten in finanziellen Angelegenheiten ein möglichst enger Spielraum zugemessen werde. Überhaupt ist der Verwaltungsaparat ein viel zu kompliziert. Während unsere Stadt nur 12 Stadtverordnete zählt, hat die um die Hälfte kleinere Korporation 18 Repräsentanten und 5 Vorsteher. Warum soll nicht auch die Gemeinde unter die Verwaltung des Magistrats gestellt werden, wie alle anderen Kirchengemeinden und nur 5 jüdische Kirchengemeinden dem Magistrat zur Assistenz beigegeben werden? Wie die Besteuerung z. B. jetzt liegt, ist sie eine Handhabe sich beherrschender Parteien. Ein jährlicher Steuerbeitrag von 5 Sgr. macht den Steuernden stimm- und wahlfähig. Wie oft bezahlt eine Partei diese Steuer für eine Anzahl Unbekittelten, um sich deren Stimmen zuzuziehen? Wünschenswert bleibt daher, daß die Regierung wenigstens bei ihren Vorschlägen standhaft verbleibt und sich nicht durch die Einwendungen einzelner Gemeinden beirren läßt. — Die Petition des jüdisch-theologischen Vereins an das Kultusministerium, einen obligaten jüdischen Religionsunterricht an Gymnasien und Realschule einzuführen, hat sich die hiesige Gemeinde angeschlossen.

— **o. Meseritz**, 28. August. In der letzten ordentlichen Generalversammlung des hiesigen Vorstehervereins (eingetragene Genossenschaft) erstattete der Direktor und Vorsitzende, Herr Kreisrichter Karl Große, den Verwaltungsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr vom 1. Juli 1868 bis 1. Juli 1869, welcher den unverkennbaren Beweis von dem Wachsthum des Vereins im Allgemeinen, sowie von der erfreulichen Weise in fortwährender Zunahme begriffenen Thätigkeit desselben liefert. Diesem Berichte entnehmen wir folgende Notizen: Die Zahl der Vereinsmitglieder ist im Laufe des verflossenen Geschäftsjahrs von 100 auf 163 gestiegen. Vorstände sind nach Bechlußfassung des Vorstandes und der Mitglieder (unter Beglaßung der Sgr. und Pf.) in Höhe von 15.848 Thlr. bestimmt worden. Die Gesamtausgabe 20.879 Thlr. der Kasse ist 7.677 Thlr. die Gemeindeausgabe 20.879 Thlr. Der Nebenkasten ist 767 Thlr. Der Bruttogewinn besteht sich auf 875 Thlr., der Reinigungskasten nach Abzug der Geschäftsaufwendungen, Binsen für ausgenommene Dahlebene u. c. auf 268 Thlr. Davon erhalten a) die Mitglieder 16½ Prozent von 503 Thlr., welche nach dem Beschluß der Generalversammlung vom 13. Juni 1868 zur Theilnahme bestimmt sind, 83 Thlr., b) der Reservesfond beträgt demnach 42 Thlr. Vorstehlich dürft der Verein sowohl in Betreff der Mitgliederzahl, als auch namentlich bezüglich seiner Wirklichkeit in der Hölle noch bedeutend zunehmen, da beispielweise in letzterer Beziehung an Vorschüssen seit dem 1. Juli c. bereits gegen 7000 Thlr. gewährt sind. — Nach dem "Schlesischen Intelligenzbl." ist vor einigen Wochen ein Wolfspaar in dortiger Gegend gesehen worden, das sich nach mehrwöchentlicher Abwesenheit neuerdings wieder eingefunden hat, ohne indessen bis jetzt nachweislich irgendwie Schaden verursacht zu haben.

— *** Birnbaum-Samter**, 30. August. Zu der am 10. Sept. c. in Kirche anstehenden Organzahlwahl eines Abgeordneten des Wahlkreises Birnbaum-Samter an Stelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Krieger hat hier in der 1. Abtheilung des 3. Wahlbezirks die Wahl eines Wahlmannes stattgefunden und ist als solcher der Ackerbürger Anton Blieger hier selbst gewählt worden. — Dem Kaufmann F. hier selbst ist aus einer in einer Dachstube befindlichen Kommode wiederholt Geld entwendet worden, ohne daß er den Dieb ermitteln könne. Vor Kurzem wurde nun der Dieb in der Person eines Knaben, den der Bestohlene aus Witkow zu sich genommen, ergrapt und gestand er auch sogleich ein, schon oft mittels Nachschlüssels aus der Kommode Geld entwendet zu haben. Wie er angibt, hat er es stets auf Gehöft seiner Mutter und der Händlersfrau H. entwendet und ihnen gegeben. Die Untersuchung ist eingeleitet. — Die hiesige katholische Kirchengemeinde besitzt Ländereien in namhaftem Umfang, von welchen ein Theil der Pfarrprobstei, ein anderer dem Promotorium und ein noch anderer der Hospitalprobstei zugehört. Außerdem existieren hier: 1) das kath. Hospital mit einem namhaften Kapitalvermögen und einem nicht unbedeutenden Landbesitz, 2) die Joachim Hirscshe Familienstiftung mit einem Kapitalvermögen von ca. 24.000 Thlr. Es ist nun im Schöfe der städtischen Behörden die Frage angeregt worden, ob und inwieweit diesen Grundstücken die Abgabenbefreiung derselben mit Rücksicht auf die unbestreitbare Thatsache, daß dieselben das Dienstgrundstück des hiesigen katholischen Geistlichen sind, ganz außer Zweifel zu sein. Ganz

den ist. Früher (vielleicht vor 100 Jahren) besaß zwar das Rathaus schon einen Thurm, derselbe wurde aber als überflüssig niedergeissen. Obgleich die Uhr nicht groß ist — sie kostet 150 Thlr. — so genügt sie doch vollständig dem Zwecke und wird auch außerhalb der Stadt deutlich vernommen. Prächtiger dürfte allerdings die in dem nahen Dominium Rathkowek anzubringende Thurmuhre sein, die den Preis von 600 Thlrn. übersteigen soll. — Die hiesige Synagoge steht wie eine gepflegte Braut da, welche der Einsegnung hält. Das Außenere mit seinen Verzierungen und vergoldeten Thürmen macht einen imposanten Eindruck. — Der Frauen- und Jungfrauen-Verein hat durch Sammlung milder Beiträge und Ausstellung von Gegenständen einen Ertrag von ca. 200 Thlrn. erzielt, welcher zur besonderen Ausstreuung des Altars und der Chöre verwandt wird. Nächster Freitag soll die Einweihung stattfinden. Nur den speziell eingeladenen wird der Eintritt gewährt.

Schroda, 30. August. Zur Ergänzung des Referats vom 22. d. M. über die Maulschule muss ich leider konstatiren, dass diese Krankheit sich weiter verbreitet und selbst die kleinsten Wirths hier und da empfindlich davon betroffen werden. Diese Maulkrankheit scheint aber noch eine andere Krankheit im Gefolge zu haben, denn wird ja ein von der gedachten Krankheit betroffenes Stück Hindvieh gesund, so versällt dasselbe der Winte (Fußfrankheit), so dass man hier und da solche hinterne Thiere sieht. Die im Referat vom 22. d. M. angegebenen Mittel scheinen theilweise gute Erfolge gebracht zu haben, während der von Manchen angewandte aufgelöste Chloralkali nachtheilig gewirkt hat. — Die Kartoffelernte scheint in diesem Jahre einen vorzüglichen Ertrag gewährten zu wollen, denn mittunter, besonders auf etwas sandigem und frischgedingtem Boden, findet man Früchte von $\frac{1}{2}$ bis $\frac{2}{3}$ Pfund und durchweg mit einem außerordentlich großen Mehlstoff, d. h. Nahrungsstoff, welchen so manche wirtschaftliche Haushfrau zu einer guten Stärke zuzubereiten versteht. Innerhalb 14 Tagen sind hierdurch wohl an 4—5000 Schweine mittlerer und größerer Qualität zur Eisenbahn (Posen—Czepin), aus Russisch-Polen und dem Kreise Breslau, so wie Schroda expediert worden, um in entfernte Gegenden geschafft zu werden. So eben wurden 5000—6000 Stück Schafvieh auf diese Art expediert, und eben in denselben Gegenden, vorgänglich aber im Schroda-Kreise verkauft, daher die Theuerung des Schweine- und Schöpfsleisches. Innerhalb 24 Stunden waren einmal hier 22 auswärtige Kleiner und Händler anwesend. Ein Mittelschwein, was früher 10 Thlr. kostete, bezahlt man jetzt mit 12—15 Thalern.

Z. Schwerin a. W., 29. August. Unser diesjähriges Kinderfest, das nach den Entfernen der kalten und nassen Tage halber wiederholt ausgeführt werden musste, stand endlich am 25. d. bei dem günstigsten Wetter statt. Nach der Revue versammelten sich gegen 1 Uhr Nachmittags die Kinder der evangelischen und jüdischen Schulen vor dem evang. Schulhause, von wo aus der geordnete Festzug unter Vorantrieb der Musik und Trommeln, sich durch die frequentesten Straßen über den Marktplatz nach dem neuen Schüchensee hin in Bewegung setzte. Das Kinderfest gestaltete sich zu einem wirklichen Volksfest, an welchem die ganze Stadt Theil nahm. — Gestern wurde in einer Generalversammlung des geselligen Vereins beschlossen, auch hier eine Humboldtfeier zu veranstalten, wegen Mangel an Lokalitäten soll dieselbe im Garten stattfinden und zwar in der Weise, dass sich dabei sämtliche hier existirenden 6 Vereine beteiligen, deren Mitglieder auch berechtigt seien dürfen, andern einem Verein nicht angehörenden Personen durch Karten Eintritt zu gewähren. Die Ansicht, das Fest zu einem Volksfest zu gestalten, ohne Ausschluss der Kinder, blieb nach langerer Diskussion in der Minorität; der Vermittlungsvorschlag, daß Kinder unter 10 Jahren ausgeschlossen bleiben, wurde angenommen. Die Anwesenden bewilligten ihres Theils als Beitrag zur Ausführung des Festes noch 10 Thaler über den Kostenbestand. Der vereinigte Vorschlag, die Feier mit einem Ball zu beschließen, wurde als der Wurde einer Humboldtfeier zu wider und aus Lokalitätsrücksicht zurückgewiesen. Der Vorstand wird sich nunmehr mit den Vorständen der übrigen Vereine in Verbindung setzen und über die Ausführung der Festfeier berathen.

Bromberg, 27. August. Zu der im Bau begriffenen Großwohbrücke ist ein Staatszuschuss von 10,000 Thalern bewilligt. — Der für die bessige höhere Löhnerchule zum Rektor gewählte und bestätigte Realchul Lehrer, Dr. Dubislaw, wird voraussichtlich sein neues Amt am 1. Oktober übernehmen. Die Batanz dauert schon längere Zeit.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Bremen, 24. Aug. Kapitän Westermeyer, Kommandeur des Grönlandfahrers „Hudson“ hat der „Wes.-Bzg.“ Mittheilungen über seine diesjährigen Erlebnisse und Erfahrungen im Grönlandischen Eismeere gemacht. ... Am 29. Juli früh sah Kapit. Westermeyer (auf 72 Gr. 52° n. Br. und 14° Gr. westl. Länge) die „Germania“, (das Schiff der Deutschen Polarexpedition) auf 10 Seemeilen unter Segel. Die „Germania“ machte am Mittag Dampf und näherte sich dem ebenfalls in Sicht befindlichen Dampfer „Bienenkorb“ (Kapit. Hagens). Mit diesem letzteren Schiffe war der „Hudson“ einige Tage vorher zusammengetroffen. Kapit. Westermeyer ging an Bord und unterhielt sich eine kurze Zeit mit Kapit. Hagens und Dr. Dorst aus Bülach, welcher bekanntlich als wissenschaftlicher Begleiter der Reise mitmachte. Er empfing Briefe und sonstige Mittheilungen beider Herren. Kapit. Hagens war schon einige Tage vorher mit der „Germania“ zusammen gewesen und hatte Koldewey gesprochen. Zu dieser Zeit war die „Hansa“ bereits nicht mehr mit der „Germania“ zusammen gewesen, die vorherrschenden Nebel hatten die Schiffe getrennt. Kapit. Hagens und Dr. Dorst theilten mit, dass sie Kapit. Koldewey und die gesamte Besatzung der „Germania“ wohl auf und guten Wuchs gefunden hatten. Der „Bienenkorb“ hatte früher, Anfangs Juli, den Versuch gemacht, die Ostküste von Grönland zu erreichen, was jedoch durch dichtes Eis zurückgewiesen worden. Kapit. Hagens hatte etwa 1000 thals alte, thals junge Robben gefangen und wollte, dem ihm ertheilten Auftrage gemäß, bis gegen Ende September im Eismeere bleiben. Am 1. August, auf 72° 54' n. Br. und 14° 50' westl. L. sichtete der „Hudson“ die „Germania“ nochmals, und zwar auf etwa 16 Seemeilen Entfernung, in westlicher Richtung; der „Bienenkorb“ wurde nordöstlich gesehen. Die „Germania“ segelte südwestlich im Eise (dann ist also die Notiz, als ob die „Germania“ dem Antheine nach im Eise besetzt war, zu berichtigten); der „Hudson“ konnte sich, weil Eis dazwischen lag, der „Germania“ nicht weiter nähern. An den folgenden Tagen trat Nebel ein und als das Wetter sich wieder aufklärte, war die „Germania“ nicht mehr zu sehen. Der „Hudson“ trat bald darauf die Heimreise an. Derselbe hatte auf der Rückreise einige Tage vorherrschend westliche Winde, welche das Westeis jedenfalls mehr geöffnet haben werden.

* **Welche Richtung ist der Schafzucht Norddeutschlands?** der Konkurrenz des Auslandes gegenüber zu geben? Von H. Seitzegat, k. Regierungsrath, Direktor der landwirtschaftlichen Akademie Proskau. Der Herr Verfasser ergreift zur rechten Zeit das Wort über die im Norden unseres Vaterlandes eingetretene Krisis der Schafzucht, die in Erinnerung an den ungünstigen Verlauf der Wollmärkte in den letzten Jahren das ungetheilte Interesse aller Landwirthe in Anspruch nimmt. Der Überzeugung von der Notwendigkeit einer Umgestaltung des Schafereibetriebes kann sich Angehöriges dieser Kalamität selbst derjenige nicht mehr verstellen, welcher bisher die Produktion der durch Feinheit und Adel ausgezeichneten Wollen mit voller Entscheidlichkeit verriet. Was deutsche Büchter in dieser Richtung geleistet haben, hat die Entwicklung der Merino-Schafzucht gezeigt. Ihre Leistungen auf diesem Gebiete wird die Geschichte der Landwirtschaft stets als vollligigen Beweis registrieren, dass der Deutsche die schwierigste Aufgabe der Thierzucht zu lösen vermöge. Auch wir stimmen dem Herrn Verfasser darin zu, dass mit der Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse andere Aufgaben an den Schafzüchter jetzt herantreten, wenn die norddeutsche Schafzucht ihren Aufgabe in der Wirtschaftsorganisation ferner gewachsen bleiben will. Wie der Herr Verfasser, dessen hervorragende Leistungen als Züchter und Lehrer der Thierzucht allgemeine Anerkennung finden, früher mit besonderer Liebe in Wort und Schrift für die Merino-Schafzucht eintrat, so empfiehlt er jetzt in verschiedener Weise die Sprache die Bucht des sogenannten „Leidenschaftes“, da er sieht, dass unsere Zeit ein Anderes erheischt. Hoffen wir mit dem Herrn Verfasser, dass die von ihm in vorstehender Schrift angedeuteten Wege zu dem gewünschten Ziele führen mögen: die eingetretene Krisis zum Segen der Landwirtschaft glücklich zu überwinden.

Staats- und Volkswirtschaft.

Berlin, 30. Aug. Von der Telegraphen-Verwaltung des Norddeutschen Bundes ist eine Statistik des telegraphischen Verkehrs im Gebiete des Norddeutschen Bundes zusammengestellt worden. Hier nach waren

962 Stationen und 31 Filialstationen vorhanden. Von diesen verarbeiteten zwei Stationen im Laufe des Jahres über eine Million Depeschen, nämlich Berlin 2,864,879 und Frankfurt a. M. 1,10,928 Depeschen, 2 zwischen 1 Mill. und $\frac{1}{2}$ Mill. Depeschen, nämlich Köln und Hamburg, 21 zwischen $\frac{1}{2}$ Mill. und 100,000 Dep., von denen die meistten Depeschen zählen: Breslau, Leipzig, Stettin, Hannover, Dresden, Hall. ic. 15 Stationen zwischen 100,000 und 50,000 Dep., 11 zwischen 50,000 und 40,000 Dep., 21 zwischen 40,000 und 30,000 Dep., 24 zwischen 30,000 und 20,000 Dep. ic. Die große Mehrzahl der Stationen, 662, hatten eine Beförderung von 4000 bis 750 Depeschen abwärts. — In Betreff der Einnahmen von befördernden Depeschen stehen unter den Stationen oben an: Berlin mit 394,917, Hamburg 240,598, Frankfurt a. M. 160,891 und Bremen 100,465 Thaler. Eine Einnahme von 100,000 bis 50,000 Thalern hatten Stettin, Leipzig und Breslau, von 50,000 bis 20,000 Thaler Königswberg, Köln, Dresden und Danzig, von 20,000 bis 10,000 Thaler 12 Stationen ic. Die große Mehrzahl der Stationen, 662, hatte eine Einnahme von 500 bis 7 Thaler abwärts. — Der Verkehr der telegraph. Depeschen hatte sich gegen das Vorjahr bedeutend gesteigert. Es wurden 1867 aufgezogen 3,093,987, im letzten Jahr 4,304,600 Depeschen. Die Einnahme aus der Depeschenbeförderung war von 1,562,117 auf 1,902,528 Thlr. in die Höhe gegangen. Im Jahre 1867 betrug die Brutto-Einnahme durchschnittlich pro Depesche 15 $\frac{1}{4}$ Sgr., im letzten Jahr nur 13 $\frac{1}{4}$ Sgr. Der Hauptverkehr mit telegraphischen Depeschen fällt in die Monate Juni, Juli, August, September und Oktober, in welchen Monaten auch die Einnahme größer als in den übrigen Monaten war. Den geringsten Depeschenverkehr und die geringste Einnahme zeigt der Monat Februar.

Wien, 29. August. Aktien der Wiener Bank (Anfang voriger Woche nach 280 Fl.) am Sonnabend schließlich mit 230 gehandelt, seilten heute mit 216 ein, fielen rasch bis 160 und blieben 178. — Vom 30. d. Borm. meldet ein Telegramm des L. B. f. N.: Große Unruhe wegen Insolvenz, kein Geschäft bis 12 Uhr.

Paris, 30. August. (Tel.) Wie aus Reims gemeldet wird, ist die dortige große Wollenspinnerie der Firma Villemot-Huart durch eine Feuerbrunst zerstört worden.

London, 30. August. (Tel.) Die „Times“ meldet, dass die Ottomaniische Bank die neue Türkische Anleihe von 12 Millionen Pfund Sterling ausschließlich gezeichnet hat. — Die gestern abgehaltene Versammlung der Aktionäre der Gesellschaft „Albert“ hat sich über keine bestimmten Beschlüsse geeinigt; es wird nun eine Generalversammlung der Poleninhaber vorbereitet.

Petersburg, 29. August. Von den bei der internationalen Handelsbank zur Subskription aufgelegten Aktien der Rineschma-Zwanowo-Bahn wurden an Stelle der angebotenen 12,000 Aktien 3,504,669 Aktien gezeichnet.

Münzberg, 28. August. [Soppen] Wir haben prächtige Sommerwitterung, welche der Reise des Oppiens sehr gut zu staaten läme, wenn die Nächte nicht zu kalt wären. Alte Waare, ohne Umsatz und Nachfrage, mit Ausnahme seiner Sorten über, kamen nur eliche Ballen zu 45—48 fl. zum Verkauf. Dagegen erliefen 9—10 Ballen gestern angekommene neue Soppen, je nach Beschaffenheit, 98, 100 und 105 fl. Die andauernde Ruhe im Geschäft ist am besten dadurch gekennzeichnet, dass der beendete Augustmonat in alter wie in neuer Waare nicht den vierten Thit des Marktopters nachweist, wie in den beiden Vorjahren. Durch die frühere Ernte 1868 waren mit Ende August schon 200 Ballen neuer Waare verschleift, während wir bis heute kaum 50 Ballen 1869er zählen. Vom heutigen Geschäft ist bis jetzt Mittags außer der Ankunft dreier Posten Leitnanger und Schwinger neuer Waare nichts zu melden; es wurden hieron eliche Ballen zu 100—105 fl. übernommen. (B. H. B.)

Bermuths.

* **Berlin**, 27. August. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde über die Anlage des Humboldtains verhandelt. Der „N. Pr. B.“ entnehmen wir darüber Folgendes: „Um 5 $\frac{1}{2}$ wird die Versammlung zum ersten Male seit 7 Wochen beschlussfähig. Der Stadtverordnete Rath berichtet über die Angelegenheit der Humboldtfeier. Stadt. Schäffer: Wir haben so viele notwendige Ausgaben. Wenn Herr Kollege Bischöfchen die Sache nicht in Anregung gebracht hätte, so hätte kein Mensch daran gedacht. (Lebhafte Unterbrechung.) Wenn man in der Einkommen-Schädigungs-Kommission sitzt, so sieht man viel Remonstrationen vorkommen. Es ziehen fortwährend viele Kaufleute zu, arme Leute mit vielen Kindern, Leute, die später unterstellt werden müssen. Das Defizit ist noch nicht einmal gedeckt; denn es laufen fortwährend Reklamationen gegen die Einschägung ein. Die Sache findet gar keinen Anklang. (Oho!) Das sehen Sie ja an dem mageren Ertrag der Sammlungen für die Humboldt-Stiftung. (Unruhe.) Ganz reiche Leute geben nur einen Thaler. Der Hain wird doch nur ein Aufenthalt für Gesindel. Humboldt sieht so hoch, dass er dieser kostspieligen Ehre gar nicht bedarf. — Stadt. Dr. Pflug: Der Beschluss sei einmal gefasst, aber man sei doch zu eilig vorgegangen. — Stadt. Seidel: Ich habe einen Schreden bei der Vorlage erfasst. Wenn Humboldt hier wäre, so würde er sagen: Kinder, macht für die Hälfte Spielplätze und begaltet das Uebrige. Was wird die Unterhaltung des Parks kosten? Sie werden an den Humboldttag denken! — Stadt. Stredtus: Bei Allem, was die Stadtverordnetenversammlung thut, muss sie vor Allem die Finanzlage ins Auge fassen, und sie darf sich durch nichts hinstellen lassen, auch nicht durch den schönsten Namen, die schönsten Ideen. Die Versammlung hat sich bei ihren Beschlüssen hinreichen lassen. Sie sind nun einmal gefasst, wir brauchen sie nicht umzustossen, aber wir können sie billiger ausführen. Weisen wir die vorliegenden Pläne zurück und erwarten wir andere. Der Redner stellt einen Antrag, der Subkommission 1000 Thlr. zu bewilligen, die Anträge des Magistrats aber vorläufig zurückzuweisen. Nachdem der Magistratskommissar, Stadtschulrat Fürbringer, sich auf die früheren Beschlüsse der Versammlung beruht, kommt der Stadtverordnete Stort auf ein Projekt zurück auf ein Projekt aus dem Maßstab gemacht und wonach man die vorliegenden Pläne zurück und erwarten wir andere. Der Redner stellt einen Antrag, der Subkommission 1000 Thlr. zu bewilligen, die Anträge des Magistrats aber vorläufig zurückzuweisen. Nachdem der Name Humboldt mit dieser Angelegenheit verbunden ist. Dadurch entsteht in manchem Kopf eine Verwirrung, aus der er nicht herauskommen kann. Unser Fehler ist der: Wir sind einen Donnerstag pädagogisch, den andern historisch, den dritten naturhistorisch. Wir sollten aber alles zusammen sein und über Alles hausväterlich. Wenn Humboldt unter uns wäre und man sage ihm, dass das Geld von Bedürftigen aufgebracht werden sollte, so würde er sagen: Lass das sein! Raum sind wir durch Steuererhöhung wieder etwas bei Kasse, zu geben wie auch wieder Geld mit vollen Händen aus. Humboldt, eine Bierde des Erdballs, zu ehren nach seinem Verdienst — dazu reichen Sie auch nicht mit einer Million. — Der Redner rechtfertigt noch einmal die Anträge der Deputation. Die Kosten betragen nicht 71,000 Thlr. (oder mit der Gärtnerei 80,000 Thlr.), da die Kosten für die jedenfalls notwendige Regulirung der Grenzstraße doch abgezogen werden müssten. Mögen die Finanzen der Stadt Berlin sein wie sie wollen, jedenfalls kann sie 10,000 Thlr. jährlich für solchen Zweck ausgeben. — Stadt. Seidel will den Humboldtian Geld bewilligen, aber nicht 70,000, sondern vielleicht 30,000 Thlr. — Stadt. Stredtus: Sie haben immer nur jede einzelne Frage im Auge gehabt, nie die allgemeine Finanzlage. Dadurch haben Sie das Defizit verschuldet und werden es noch mehr verschulden, wenn Sie so fortfahren. Und wir sind nicht in der Lage, eine solche Summe zu bewilligen. Wir sind nur scheinbar aus dem Defizit heraus. Wir sind in Wahrheit noch tiefer darin. Und wenn wir so fortfahren, werden aus den 33 $\frac{1}{2}$ Prozent Einkommensteuer bald 50 Prozent werden. Der Redner erklärt, dass er wohl 3—4000 jährlich im Ganzen vielleicht 30,000 Thlr. bewilligen wolle. — Nachdem nochmals der Redner gesprochen hat, wird zur Abstimmung geschritten. Bei diesem wird ein Antrag des Herrn Matthes angenommen, welcher den Magistratsantrag dahin verändert, dass die Versammlung für dieses Jahr 10,000 Thlr. zur Vornahme von Erdarbeiten bewilligt und den Magistrat ersucht, über den Anschlag und die Kosten des Planes noch eine weitere Beratung in gemischter Deputation einzutreten zu lassen. Außerdem genehmigt die Versammlung die Magistratsvorlage in den Punkten: Die zur Inauguration des Werkes bei dem auf den 14. September d. J. festgesetzten Beginn der Arbeiten bestimmte Feierlichkeit auf dem Spielplatz zwischen der Grenzstraße und der Verbindungsbahn, ist der Nähe der Wiesenstraße, stattfinden zu lassen; übrigens aber die Aufstellung des Programms zu dieser Feierlichkeit, die dazu erforderlichen Vorbereitungen und die Festordnung selbstständig einer Subkommission zu übertragen,

welcher zu diesem Behuf ein Kredit von „tausend Thalern“ bei der Stadthauptkasse zu eröffnen ist, den sie nicht zu überschreiten hat.

* **Am 8. Mai 1830 schrieb A. v. Humboldt** Folgendes an Herrn v. Nagler: „Des Königs Majestät ist in dem besten Wohle; alles in der besten Lage, wie ich es verliebt; nur die Wütster und protestantischen Jesuiten (matricelle Zwecke unter Scheinheiligem Schleier der sentimental-tät verbergend) regen sich gegen das sehr verständig abgefasste neue Gesangbuch, suchen Hilfe in Rom bei dem Kirchenvater; entwenden und verschärfen Heste der Professoren und streiten, im Jahre 1830, über das Gesieder der Engel — Dinge, die lustig sind, bis sie recht schädlich und ernst werden.“ — So weit der große Gelehrte. Die „Boss. Sig.“ bemerkt dazu: „Auch heute, im Jahre 1869, streitet man sich, wenn auch nicht über das Gesieder der Engel, so doch über die Illustration des Teufels; auch heute suchen nicht nur die protestantischen Jesuiten sich in Rom beim Kirchenvater, auch heute wartet unser ein neues Gesangbuch, welches die Wütster freilich mit andern Augen ansehen als das damalige. Was, meint man, wurde heute ein Humboldt urtheilen?“

Breslau, 29. August. An Stelle des verstorbenen Vertreters des Gleiwitzer Wahlkreises im Augeordnetenhause hat sich Herr v. Sawadski auf Poniatowitz gemeldet. Derselbe verspricht die Interessen aller Schichten der Bevölkerung zu vertreten, er wolle bemüht sein, die Rechte und Pflichten des Edelmannes wie des Bürgers, des Landmannes wie des Handwerkers, der Kirche und der Schule nach allen Richtungen hin zu wahren; kurz er werde — mit einem Worte — die beiden Pfleider, auf welchen das Wohl der Menschheit ruhe: den Staat mit seiner Sorge für das zeitliche Wohl seiner Bürger, die Kirche mit ihrer Sorge für das ewige Heil ihrer Kinder“ nach besten Kräften unterstützen. Wegen kann man füglich kaum verlangen. — Wegen Befreiung der Directoressen am Magdalenen-Gymnasium kursieren bereits Gerüchte, die jedoch bis jetzt keinen Grundes entbehren; man scheint in hiesigen Kreisen zu wünschen, dass zuvor unter den Gymnasiallehrern am Dreiecksgürtel Umschau gehalten werde, ehe man einer auswärtigen Kandidatur den Vorzug giebt. (Der „Kreuzz.“ wird aus Breslau geschrieben, der Provinzialgouvernator Dr. Sommerbrodt in Kiel habe auf die an ihn ergangene Anfrage wegen Übernahme des Direktors ablenkend geantwortet. Die Neo.) — Dass außer bei der Universität Königsberg auch der der hiesigen Universität eine Professor für Landwirtschaft gegründet werden soll, sind ebenfalls jetzt nur Gerüchte; vorläufige Verhandlungen zwischen dem Unterrichtsministerium und dem Direktor der höheren Landwirtschaftlichen Universität zu Breslau bei Oppeln, Hrn. Settegast, haben zwar stattgefunden, sind aber wieder abgebrochen worden. — Unseres Palmaria-Erntes kann als beendet betrachtet werden, ehe man einer auswärtigen Kandidatur den Vorzug giebt.

Berlin, 27. August. In einer Rücksicht auf die Befreiung der Hinterbliebenen der im Plauenischen Grunde verunglückten Bergleute nehmen hier einen sehr günstigen Verlauf. In der nächsten Woche werden nachdem kleinere Vereine bereits mit gutem Beispiel vorangegangen sind, die hiesigen größeren Ressourcenfamilien Wohlthätigkeitsvereine veranstalten, deren Erträge zu Beihilfen bestimmt sind. Auch Hr. Theaterdirektor Lobe, soll, wie wir hören, beabsichtigen, ein Stück zum Besten der betreffenden Witwen und Waisen in Scena geben zu lassen. — Zum Schuss werden wir noch das Öffnenwerden eines seinen Mann nähernden Postens mit, indem der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt im Laufe dieser Woche bekannt gemacht hat, dass der Lodengräberposten zu Niemberg mit einem jährlichen Einkommen von 12—15 Thlr. vatant und an zivilversorgungsvereinigte Militärpersonen zu vergeben sei.

* **Was ein Beichtgroschen** mitunter sogar für öffentliche Andachtsträger zu Wege bringt kann, erfuhr die lit. Gemeinde Sonntag den 27. Juni c. in einer Kirche des Stallupönen Kreises. Die Kommunianten waren vor den Altar getreten, die Orgel schwieg und die Abendmahlstafette sollte beginnen. Schweigend aber steht der geistliche Herr vor dem Altar, die aufgeschlagene Liturgie in Händen, und mustert etwa fünf Minuten lang mit zornigem Blicke seine Abendmahlsgäste, hebt dann an vom ersten bis zum letzten, sie Kopf für Kopf zu zählen und spricht endlich mit gehobener Stimme: „Es sind heute mehr Abendmahlsgäste hier, als gestern Beichtkinder; ich erluche die Schuldigen sich

Esse 8037 Thlr. 3) Bei der Gerichtskomm. in Czernikau a) das dem ic. Krenz geh. Grundst. Althütte Nr. 23, Tage 500 Thlr.; b) das dem ic. Weizsner geh. Gf. Sotolovo Nr. 8, Gf. 48 Thlr., Gf. NW. 20 Thlr. 4) Bei der Gerichtskomm. in Gilehne a) das dem ic. Kaufor geh. Gf. Wroclaw Nr. 13, Tage 4345 Thlr.; b) das der Wwe. Schreß geh. Gf. Gdft. Selschow-Hammer Nr. 7, Tage 1286 Thlr. 5) Bei dem Kreisgericht in Gnesen das dem ic. Gieczynski geh. Grundst. Gnesen, Vorstadt Graybomo Nr. 552, Grundst. Gf. 2 Thlr., Gebäudesteuer. Gf. NW. 46 Thlr. 6) Bei dem Kreisgericht in Inowraclaw a) das den Schendelschen Cheleuten geh. Gf. Gnielkowo Nr. 7, Tage 4093 Thlr.; b) das den Kalinowski'schen Chl. geh. Gf. Bacharcic Nr. 13, Gf. Gf. 4 Thlr., Gf. NW. 25 Thlr. 7) Bei dem Kreisger. in Wongrowitz das zur v. Bielowskischen Konfusmasse geh. Rittergut Smusjewo, Gf. Gf. 2472 Thlr., Gf. Gf. NW. 197 Thlr.

Am 4. Sept. 1) Bei dem Kreisg. in Grätz das der Wittwe Bielowska geh. Gf. But Nr. 39, Tage 1954 Thlr. 2) Bei dem Kreisgericht in Inowraclaw a) das den Majestatischen Chel. geh. Gf. Kruszwicz Nr. 70, Gf. Gf. NW. 50 Thlr.; b) das den Europäisch-städtischen Chel. geh. Gf. Friedrichow Nr. 21, Gf. Gf. 11 Thlr., Gf. NW. 25 Thlr. 3) Bei dem Kreisg. in Schönlanke das den Biemanschen Cheleuten geh. Gf. Gf. Schönlanke Nr. 144, Gf. Gf. NW. 40 Thlr. 4) Bei dem Kreisgericht in Wongrowitz das dem ic. Kalka geh. Gf. Neu-Panigrodt Nr. 3, Tage 1550 Thlr.

Am 6. Sept. 1) Bei dem Kreisg. in Kosten das dem ic. Fuchs geh. Gf. Neugut Nr. 3, Gf. Gf. 133 Thlr., Gf. Gf. NW. 18 Thlr. 2) Bei dem Kreisg. in Gnesen das den Bielowskischen Chl. geh. Gf. Bielowsko Nr. 7, Gf. Gf. 44 Thlr., Gf. Gf. NW. 6 Thlr. 3) Bei der Gerichtskomm. in Poln. Krone a) das dem ic. Wedekow geh. Gf. Altshof Nr. 20, Gf. Gf. 80 Thlr., Gf. Gf. NW. 20 Thlr.; b) das dem ic. Plosta geh. Gf. Salno Nr. 3, Gf. Gf. 105 Thlr., Gf. Gf. NW. 20 Thlr. 4) Bei dem Kreisg. in Trzemeszno das den Czternischen Chel. geh. Gf. Pakosz Nr. 53, Tage 1100 Thlr. 5) Bei dem Kreisg. in Wongrowitz a) das dem ic. Woyciechowski geh. Gf. Gf. Miesciwo Nr. 11, Tage 1280 Thlr.; b) das den Goldschmidtschen Chel. geh. Gf. Gf. Gollancz Nr. 84, Tage 3000 Thlr.

Am 7. Sept. 1) Bei dem Kreisg. in Birnbaum das den Bartkowskischen Chel. geh. Gf. Groß-Lęzec Nr. 6, Tage 1285 Thlr. 2) Bei dem Kreisg. in Grätz a) das den Xenodochi'schen Chel. geh. Gf. Alt-Dąbrowa Nr. 2, Tage 1845 Thlr.; b) das dem ic. Knoll geh. Gf. Binskow Nr. 12, Tage 1518 Thlr. 3) Bei dem Kreisg. in Lissa das den Wandeltischen Chel. geh. Gf. Moraczewo Nr. 16, Tage 539 Thlr. 4) Bei dem Kreisg. in Bromberg a) das der Wittwe Hoppe geh. Gf. Wielno Nr. 33, Tage 9215 Thlr.; b) das den Hermannischen Cheleuten geh. Gf. Kol. Wilejki Nr. 21, Gf. Gf. 5 Thlr., Gf. Gf. NW. 70 Thlr.; c) das den Bodzinsten Chel. geh. Grundst. Marienfelde Nr. 21, Gf. Gf. 13 Thlr., Gf. Gf. NW. 27 Thlr.; d) das den Golstischen Cheleuten geh. Gf. Trenczewiec Nr. 24, Gf. Gf. 12 Thlr., Gf. Gf. NW. 15 Thlr.; e) das den Guttischen Chel. geh. Gf. Bromberg, Ruszantirstr. 290, Gf. Gf. NW. 520 Thlr.; f) das den Leibischen Chel. geh. Grundst. Bromberg, Thornerstr. 252, Gf. Gf. NW. 144 Thlr.; g) das den Hawemann'schen Chel. geh. Gf. Bromberg, Kujawier Vorstadt Nr. 65, Gf. Gf. NW. 33 Thlr. 5) Bei dem Kreisgericht in Inowraclaw das den Gutskischen Chel. geh. Gf. Szymborze Nr. 30, Tage 900 Thlr. 6) Bei dem Kreisg. in Schneidemühl das den Grohloffischen Cheleuten geh. Gf. Budzyn Nr. 116, Tage 10,643 Thlr. 7) Bei dem Kreisg. in Schönlanke a) das dem ic. Schuhmann geh. Grundstück Hollstein Nr. 1503, Tage 985 Thlr.; b) das den Bentendorffischen Cheleuten geh. Gf. Gf. Gf. 1200 Thlr. 8) Bei dem Kreisgericht in Schubin das dem Kfm. Abramsohn geh. Gf. Gf. Nr. 6, Tage 1496 Thlr. 9) Bei dem Kreisg. in Wongrowitz das dem ic. Groelenberg geh. Gf. Gf. Tomczyc Nr. 29, Tage 846 Thlr.

Posen, den 23. August 1869.

Bekanntmachung.

Der Bedarf an Brennöl für die Bureaux des königlichen Ober-Präsidial-Büros, der königlichen Regierung, des königlichen Provinzial-Schul-Kollegium und der königlichen Regierungs-Haupt-Kasse in der Zeit vom 1. Oktober d. J. bis dahin 1870 zum ungefähren Betrage von 24 Centner soll im Wege der Submission vergeben werden.

Bei Abgabe der desfallsigen Gebote haben wir einen Termin auf

Donnerstag den 2. September d. J.

Vormittags 10 Uhr, vor dem Regierungsseitkraut Herrn Lange im Regierungs-Präsidial-Büro anberaumt und fordern Bietungslustige auf, ihre schriftlichen Offerten vor dem Termin versteckt demselben zu übergeben und beim Größenverfahren im Termin gegenwärtig zu sein.

Die Bedingungen können im Präsidial-Büro eingesehen werden.

Nachgebote oder später eingehende Offerten werden unberücksichtigt bleiben. Der Termin selbst ist als geschlossen anzusehen, sobald die desfallsige Verhandlung von den anwesenden Submittenten vollzogen worden ist.

Rgl. Regierung; Kassenverwaltung.

v. Bünting.

Bekanntmachung.
Wegen der Gasröhrenlegungs-Arbeiten zwischen der Wasserstraße und der Neuenstraße werden bis auf Weiteres die Wochenmärkte vom Alten Markt nach dem Bernhardinerplatz verlegt.

Posen, den 30. August 1869.

Königl. Polizei-Direktion.

Staudy.

Bekanntmachung.
Pfänder-Auslösung und Versteigerung.

Sonnabend den 23. Oktober d. J. ist der letzte Termin zur Auslösung der in der Zeit vom 1. April bis 1. September 1868 versegneten Pfänder von Nr. 2598 bis incl. 6328 und von Nr. 16,252 bis incl. 17,892 aus früherer Zeit.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureauunden, Vor- und Nachmittagsausgelöst werden.

Am Montage den 25. Oktober d. J. und den folgenden Tagen findet die öffentliche Versteigerung in der Pfandleihanstalt, Schulstraße Nr. 10, statt.

Der Magistrat.

Der in dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Simon Ephraim zu Posen auf den 7. September c. anberaumte zweite allgemeine Prüfungstermin wird hierdurch aufgehoben und auf

den 11. September c.

Vormittags 11 Uhr, verlegt.

Posen, den 26. August 1869.

Königliches Kreis-Gericht. I.

Der Kommissar des Konkurses.

Bekanntmachung.

Von dem am 26. Mai d. J. verstorbenen Kürscher **Iwig Reich** aus **Krotoschin** sind die ihm Aufenthalte nach unbekannten Personen

- a) **Salomon Reich,**
- b) **Louis Reich,**
- c) **Meyer Grünberg,**
- d) **Carl Grünberg und**
- e) **Walchen Grünberg**

durch Testament vom 29. Dezember 1868 als Pflichtheilserben eingelegt, was im Interesse derselben hiermit bekannt gemacht wird.

Krotoschin, den 21. August 1869.
Königliches Kreisgericht.

II. Abtheilung, Sachsen.

Bekanntmachung.

Auf der Baustelle am Anfang des Berdyhowor Damm kann Sand, Erde und Bau-schutt abgeladen werden.

Der Wasser-Bau-Inspektor. Schuster.

Auktion.

Im Auftrage des Königlichen Kreisgerichts werde ich am Freitag den 3. September, früh von 9 Uhr ab, im Auktionslokal, Magazinstr. 1, verschiedene Kleidungsstücke, Bettw. Wäsche, Herrenhüte, Porzellane, demnächst diverse Möbel, eine gute amerikanische Nähmaschine, sowie um 12 Uhr eine Droschke öffentlich meistbietend versteigern.

Rychlewski,
Königl. Auktions-Kommissar.

Landgüter jeder Größe, von 100 Morgen aufwärts, weise ich zum billigen Ankaufe nach. **Gerson Jarecki,**
Magazinstr. 15. in Posen.

Rgl. Regierung; Kassenverwaltung.

v. Bünting.

Bekanntmachung.

Wegen der Gasröhrenlegungs-Arbeiten zwischen der Wasserstraße und der Neuenstraße werden bis auf Weiteres die Wochenmärkte vom Alten Markt nach dem Bernhardiner-

platz verlegt.

Posen, den 30. August 1869.

Königl. Polizei-Direktion.

Staudy.

Bekanntmachung.

Pfänder-Auslösung und Versteigerung.

Sonnabend den 23. Oktober d. J. ist der letzte Termin zur Auslösung der in der Zeit vom 1. April bis 1. September 1868 versegneten Pfänder von Nr. 2598 bis incl. 6328 und von Nr. 16,252 bis incl. 17,892 aus früherer Zeit.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureauunden, Vor- und Nachmittagsausgelöst werden.

Am Montage den 25. Oktober d. J. und den folgenden Tagen findet die öffentliche Versteigerung in der Pfandleihanstalt, Schulstraße Nr. 10, statt.

Der Magistrat.

Der in dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Simon Ephraim zu Posen auf den 7. September c. anberaumte zweite allgemeine Prüfungstermin wird hierdurch aufgehoben und auf

den 11. September c.

Vormittags 11 Uhr, verlegt.

Posen, den 26. August 1869.

Königliches Kreis-Gericht. I.

Der Kommissar des Konkurses.

**Das chemisch-technische Institut
von Carl Schaedler,**
Berlin, Mittelstraße 38,

empfiehlt sich den Herren Fabrikanten und Kaufleuten zu Analysen von Rohmaterialien und Produkten, sowie den Herren Landwirten zur Untersuchung von Dungarbeiten und Bodenarten.

Auf dem Dominium Włokno bei Schokken sind 50 Schok lang ausgewachsene Sommerrohr zu verkaufen.

Angelommene Fremde

vom 31. August.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer Graf Tyszkiewicz nebst Frau und Dienerschaft aus Siedlitz und v. Drwenski aus Polen, Grafin Zlotowska nebst Fam. und Dienerschaft aus Ujazd, die Kaufleute Hoffmann aus Leipzig, Süßbach und Schippang aus Breslau, Scheffel aus Breslau, Rühning aus Grunberg und Heschler aus Hamburg, die Bau-Unternehmer Rauschning aus Breslau und Korn aus Breslau, Rentier Pohl aus Görlitz.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Treskow aus Dwinsk, v. Dobrski aus Polen, v. Dobryszki aus Bablin, v. Wierzbinski aus Posen, v. Karnowski und Tochter aus Lekno, v. Sława aus Komornik, v. Bodnicki aus Dziesmar, Schmid und Fam. aus Charzewitz und Opitz aus Lowencin, Kaufmann Herrenstein aus Frankfurt a. M., Feuerversicherungs-Inspektor Rumprecht aus Hannover.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsbesitzer v. Łaskowski und Frau aus Rowno und v. Raczyński aus Borowko, Frau v. Siabrowska und Tochter aus Rzeczyń, die Rentiers Ludwig aus Berlin und Miles aus Brzezina.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer Gräfin Moszczenska mit Familie aus Wiatrowo, Matthes aus Janowice, Kolin aus Górowo, Schneider aus Czajig, Frau Szymanta mit Familie aus Turzno, v. Wolfs mit Fam. aus Gronow, Werczynski aus Jemianow, die Kreisgerichtsräthe Peters aus Gnesen und van Baren und v. Fam. van Baren aus Goldberg, die Kaufleute Gante aus Bielefeld, Fürstenthal aus Breslau, Burckert, Kraus und Wilde aus Berlin, Hecht aus Görlitz.

HOTEL DE BERLIN. Kreisrichter Henke aus Plestien, Dolmetscher Szafala aus Bromberg, die Arzte Cohn aus Wł.-Friedland und Riecke, Oberamtmann Krause und die Kaufleute Mülde aus Stenjewo, Miedelssohn aus Breslau, die Gutsbesitzer Müller und Frau aus Ruztow, Heideroth aus Blance, Sauermann aus Nagrodowice, Haug aus Kolaika, Makrynow aus Dobieszyn, Agronom v. Kryszanowski aus Bielawy, Apotheker Winter aus Breslau, Frau Bielechowska aus Wł.-Goslin, Gutspächter Hoffmeyer aus Samoczyn, Fräulein Berger aus Olszak.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Frau v. Bojaczel mit Tochter und Dienerschaft, v. Chmielewski, v. Bojaczel, Dr. v. Cynkowicz und die Rittergutsbesitzer v. Rosztow aus Polen und Baron v. Ettorff aus Piastow, v. Direktor Pasmoiroff und Privatier Böhm aus Slupce, Opernsängerin Auguste Günther aus Berlin.

BERNSTEIN'S HOTEL. Die Kaufleute L. Schlich aus Berlin, Silberstein aus Moschin und Rothmann aus Samter.

(Eingesandt.)

Die Posener Zeitung vom 25. d. M. brachte unter Lokales und Provinziales den kleinen Artikel "Ein neues Theater". Dieser Artikel besagt, daß zur Errichtung von Theatern die Erteilung einer Konzession nicht mehr erforderlich ist und daß demnach der Besitzer des Volksgartentheaters Herr Tauber zum nächsten Winter den Volksgartensaal durch den Anbau einer kleinen Bühne erweitern würde. Der § 32 der neuen Gewerbeordnung für den Nord. Bund vom 21. Juni 1869 besagt, "Schauspiel-Unternehmer bedürfen zum Betriebe des Gewerbes des Erlaubnisses", und fügt in § 59 hinzu, daß die Erteilung von Legitimationscheinen für dieses Gewerbe verweigert wird, sobald der, den Verhältnissen des Verwaltungsbüros entsprechende Anzahl von Personen Legitimationscheine ertheilt sind. Es ist demnach blos das Wort Konzession ins Deutsche durch

Erlaubnis übersetzt worden und sollen die Verwaltungsbehörden nur dem Bedürfnis Rechnung tragen. Unter allen größeren Städten des Norddeutschen Bundes gibt es wohl keine, welche so wie Posen kein Bedürfnis eines neuen Theaters verspürt. Keiner der in Posen gewesenen Unternehmer außer dem Kommissionsträth Keller ist auf seine Rechnung gekommen und der auch nur, weil er die Kunst der Spekulation subordinirt. Vollkommen Recht hat wiederum der herangezogene Artikel, wenn er sagt, "die Theaterfreiheit ist eine Einrichtung, welche für Berlin und andere große Städte passen mag, in den Mittelstädten bewirkt sie den Rücken der Kunst". Haben die Sommerbühnen schon der Schauspielkunst einen empfindlichen Stoß versetzt, so werden diese Cafés chantants ihr vollends den Garas machen.

(Eingesandt.)

Seitdem Se. Heiligkeit der Papst durch den Gebrauch der Revalesciere du Barry glücklich wiederhergestellt und viele Aerzte und Hospitäler die heilbringende Wirkung derselben anerkannt, wird Niemand mehr die Vorzüglichkeit dieser kostlichen Heilmethode bezweifeln und führen wir die folgenden Krankheiten an, die sie ohne Anwendung von Medizin und ohne Kosten besiegt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Atem-, Blasen- und Nierenleiden, Schwinducht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhoe, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wasserflucht, Fieber, Schwindel, Blaufäulen, Aufsteigen, Übelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — 70,000 Genesungen, die aller Medizin widerstanden, worunter ein Zeugniß Sr. Heiligkeit des Papstes, des Hofmarschalls Grafen Pluslow, der Markgräfin de Bréhan. Copie dieser Certifikation wird portofrei und umsonst auf Verlangen gesandt. — Nahrhafter als Fleisch, er spart die Revalesciere 50 Mal ihren Preis in anderer Mitteln, wie auch die Revalesciere Chocolatée 10 Mal mehr als Fleisch und gewöhnliche Chokolade nährt; sie

Lotterie.

Die Erneuerung der Lotterie zur 3 Klasse 140. Lotterie muss bei Verlust des Anrechts bis zum 3. September d. J. Abends 6 Uhr, plausibel geschehen.

Posen, den 28. August 1869.
Der königl. Lotterie-Ober-Geheimer
Fr. Bielefeld.

Bis der am 7. September stattfindenden III.ziehung sind noch zu haben

Preuß. Lotterie

$\frac{1}{1}, \frac{1}{2}, \frac{1}{4}$ Original.

$\frac{1}{8} \quad \frac{1}{16} \quad \frac{1}{32} \quad \frac{1}{64}$

6 Thlr. 3 Thlr. 1½ Thlr. 22½ Sgr.

ebenso zur Frankfurter

Stadt - Lotterie,

deren ziehung am 9. September stattfindet.

Gewinne in der preuß. Lotterie u. a.

Thlr. 150,000 und 100,000,

in der Frankfurter 200,000.

M. Meidner, Berlin,

Bank- und Wechselgeschäft,

Unter den Linden 16.

Tüchtige Rockarbeiter finden dauernde Arbeit bei

C. Ehlert,

Alten Markt 72.

Ein Zitherspieler, welcher Unterricht geben kann, wird gesucht bei

H. Peter, Wilhelmstraße 26.

Für eine größere Siegeliere wird ein tüchtiger, kauftaftiger

Ziegelmeister,

welcher mit dem Ringofenbetrieb vertraut sein muss, gesucht. Näheres in erfragen bei

Moritz Victor in Posen.

Eine geprüfte Erzieherin, evangel. Glau-

bens, in nicht zu jugendlichem Alter, die gute Beugnisse aufzuweisen hat, Französisch und Englisch fertig spricht und in der Musik tüchtig ist, wird gegen einen Honorar von 140 Thlr. vom 1. Oktober d. J. bei zwei 13jährigen Mädchen gesucht von **Iffland** in Chlebowo bei Kielce.

Ein deutscher, unverheiratheter Wirthschaftsbeamter, der auch polnisch spricht und gute Beugnisse aufzuweisen hat, wird gegen ein Gehalt von 100 Thlr. bei freier Station vom 1. Oktober d. J. gesucht auf dem Dom. Chlebowo bei Kielce.

Hier mein Manufakturwaren-Geschäft suche einen Lehrling zum sofortigen Antritt.

Adolph Chodziesen.

Ein junger Mann von anständigen Eltern kann bei mir in die Lehre treten.

Fr. Leisinger, Lithograph, Magazinstr. Nr. 1, neben d. Kreisgericht.

Gute Maurer erhalten dauernde Arbeit auf dem Bau der Lagerbierbrauerei zu Kobylepole.

Ein anständiges gebildetes Mädchen, beider Sprachen mächtig, wird vom 1. Oktober als Wirthschaftsmeisterin und Stütze der Hausfrau nach Krempa bei Ostrowo gesucht.

Ein evangelischer Philolog,

mehrerer neuer Sprachen fundig, für Sekunda vorbereitend,

nicht musikalisch, sucht eine Hauslehrerstelle Adr. **A. K. Z.** poste restante franco Neurowe (Schlesien).

Zur gefälligen Beachtung.

Einen ordentlichen, fleißigen Mann (Materialist) aus achtbarer Familie, 30 Jahre alt, verheirathet, selbstständig erziehbar gewesen, der in allen Branchen des Kaufmännischen Geschäfts, sowie der Landwirtschaft, Fabrikwesen &c. &c. bewandert ist, empfiehlt die Handl. **H. W. Scheffler**, Danzig.

Rörsche zu Posen

am 31. August 1869.

Roggen. Posener 3½% alte Pfandbriefe 95 Br. do. 4% neue do.

50% Provinzial-Obligationen —, 4½% Kreis-Obligat. —, do. 4% Stadt-Obligationen —, do. 5%, Stadt-Obligationen —, poln. Banknoten 76½ Br.

[**Private Bericht**] **Roggen** [p. 25 pr. Scheffel = 2000 Br.]

gekündigt 50 Br. Regulierungspreis 47½ pr. August 47½, August-Sept.

47½ pr. Oct. 47½, Herbst 47½, Ott. Nov. 46, Nov. Dez. 46.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000% Tralles] (mit Fass) gekündigt

35,000 Quart. Regulierungspreis 16. pr. August 16, Sept. 15½, Ott. 15½,

Rovbr. 14½, Dezbr. 14½, Januar 1870 —, April-Mai im Verb. 14½.

Fonds. [Private Bericht] 3½% Preuß. Staatschuldsh. 81½ Br.,

4% Pol. Pfandbr. 83½ Br., 3½% do., 4% Pol. Rentenbr. 85 Br., 4½%

do. Prov. Bank 102½ Br., 4% do. Realkredit —, 5% do. Stadt-Oblig. 93

Br., 4% Märk. Pol. Stammatt. 64½ Br., 4% Berlin-Görl. do., 5%

Ital. Anleihe 55½ Br., 6% Amerik. do. (de 1882) 88½ Br., 5% Türk. do.

(de 1865) 43½ Br., 5% Dörfst. franz. Staatsbr. —, 5% do. Südbahn (Lomb.)

147 Br., 7½% Rumän. Einf. 72½ Br., Sept. 72½ Br.

Brämen. Lombarden 144, 3 Stückpr. Sept. 12.

[**Private Bericht**] **Weiter** i. schön. **Roggen**: matter. Gel. 50

Br. Regulierungspreis pr. August 47½ Br., August-Sept. do., Sept.-Okt.

47½ Br. u. Br., Ott.-Nov. 46½ Br. u. Br., Nov.-Dez. 46 Br., Frühjahr 46 Br.

Spiritus: ermattend. Gekündigt 36,000 Quart. Regulierungspreis

pr. August 16 Br., Sept. 15½—17½ Br., do. Ottbr. 15½ Br., do. Ottbr. 14½ Br.

Nov. 14½ Br., do. Ottbr. 14½ Br., do. Ottbr. 14½ Br., do. Ottbr. 14½ Br.

Ein isr. Hauslehrer,

der für die unteren Klassen eines Gymnasiums vorbereitet und auch im hebräischen unterrichtet, sucht per 15. November 1869 oder 1. Januar 1870 Stellung. Offerten beliebe man in der Exp. d. Zeitung abzugeben.

Ein junger Mann, der die Brennerei erlernt hat, sucht als Unterbrenner sofort Stellung. Zu erfragen in der Expedition dieser Zeitung.

Der Destillateur **A. Kleinschmidt** ist aus meinem Geschäft entlassen.

Max Neufeld.

Hierdurch benachrichtige ich den **z. Tochann Stanislawski**, aus Dusznik gebürtig, welcher zuletzt in Berlin als Bedienter (Marqueur) konditioniert hat, und dem bei seinem letzten Besuch der Anwandten hier in Podzemybares Geld gestohlen worden ist, daß sich dieses jetzt herausgestellt, und er sich persönlich einzufinden hat, um den Betrag in Empfang zu nehmen.

Andreas Wozniak, Wirth u. Eigentümer in Podzemybares.

Der Verlierer von 27 Thlr. Kassenanweisung und einen Kupon über 26 Sgr. 3 Pf. kann sollte in Empfang nehmen. Bei wem, sagt die Expedition dieser Zeitung.

Durch Ankauf des Grundstücks, Unterwilda 14, welches ich am 4. September c. übernehme, hört das Restaurationsgeschäft mit diesem Tage auf.

Carl Richter.

Separat-Abdrücke aus dem Amtsblatt für den Regierungsbezirk Posen, die Bekanntmachung über die Ausführung des Gesetzes, Maßregeln gegen die Rinderpest betreffend, vom 7. April 1869 (Bundes-Gesetzblatt S. 105) und der Instruktion zu diesem Gesetze vom 26. Mai 1869 (Bundes-Gesetzblatt S. 149)

finden zu dem Preise von 2½ Sgr. bei uns vorrätig.

Hofbuchdruckerei von **W. Decker & Co.**

In unserem Verlage ist soeben erschienen:

Comtoir-Kalender

für das Jahr 1870.

Preis 2½, Sgr. Hofbuchdruckerei von **W. Decker & Co.**

Verein junger Kaufleute.

Donnerstag, den 2. September c., Abends 8 Uhr, findet die Eröffnung die Bibliothek statt.

M. I. IX. A. 7. J. & Affil. I.

Familien-Nachrichten.

Heute Mittag 1 Uhr wurden wir durch die Geburt eines gesunden, kräftigen Knaben erfreut. Posen, den 30. August 1869.

Alwin Siegler und Frau, geb. Skrzecza.

Statt jeder besonderen Meldung.

Gestern Vormittag 11½ Uhr wurden wir mit Gottes Beistand durch die Geburt eines gesunden Knaben erfreut.

F. Hillert nebst Frau.

Gestern Vormittag 11½ Uhr wurde mein lieber Mann, der Portier bei der neuen Polnischen Landschaft, **Ernst Schneider**, im Alter von 38 Jahren nach langen schweren Leiden in ein besseres Jenseits abberufen. Dies zeige ich mit der Bitte um stillen Teilnahme Freunden und Bekannten hiermit an.

Posen, den 31. August 1869.

Theresa Schneider, geb. Prinz.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 1. September, Nachmittags 4 Uhr, vom Landschaftsgebäude, Wilhelmplatz 13, aus statt.

Gestern Abend 9 Uhr starb nach langen Leidern unser geliebter Gatte und Vater, der Oberamtmann **Alexander Gaertig**, im Alter von 51 Jahren. Dies gelang tiefschwarz an die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 2. Sept., Nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause St. Martin 60, statt.

Saison-Theater.

Heute Dienstag den 31. August, zum Benefit für Gräulein Raabe, bei aufgehobenem Abonnement: Ein kleiner Dämon, oder: Durchgesetzt. Lustspiel in 3 Akten von Bahn. — Sennora Pepita, mein Name ist Meyer. Schwanz in 1 Aufzuge mit Gesang und Tanz von R. Hahn.

Mittwoch den 1. September: Die Meimoren des Teufels. Lustspiel in 3 Akten nach dem Französischen von Friedrich.

Volksgarten.

Heute Dienstag den 31. August und Mittwoch den 1. September großes Konzert u. Vorstellung.

Auftreten der Gesellschaft des Direktors **W. Braatz**.

Programm: Die Athleten. Die Riesen-Luftfechter. Das Drahtseil. Die beiden musikalischen Clowns. Kaiserschl. Alles Uebrige ist bekannt.

Emil Tauber.

Lamberts Garten.

Morgen Mittwoch den 1. und Donnerstag den 2. September

großes Konzert,

ausgeführt von der Kapelle des Musikdirektors Herrn **R. Winzer** (bisher beim hiesigen Theater engagirt).

Anfang 6 Uhr. Entrée 1 Sgr.

Jean Lambert.

Durchschnitts-Marktpreis im Monat Aug. 1869.

(Auf Grund der Berichte der Markt-Kommission.)

	Markt	Aug.	Sept.	Oct.	Nov.	Dec.
Beckner Weizen	228	6	Winterrapss.			322 6
Mittel Weizen	222	6	Sommerrübsen			311 —
Ordinärer Weizen	215	—	Sommerraps.			— —
Roggen, schwere Sorte	2	6	Buchweizen			128 —
Roggen, leichte Sorte	129	3	Kartoffeln			12 6
Große Gerste	—	—	Butter, 1 Fass (4 Br. 12)			2 9 6
Kleine Gerste	120	6	Röther Klee, Ctr. 100 Pf. S. G.			— —
Hafer	16	—	Weißer Klee, dito			— —
Koch-Erbsen	—	—	Hen, dito			— —
Butter-Erbsen	—	—	Stroh, dito	</		

